Auszüge aus der Rede des Genossen Mehmet Shehu

Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 46 vom 16. November 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Genosse Holger Meins zu Tode gefoltert!

Es ist Samstag abend. Der Vater eines politischen Häftlings schaltet den Fernsehapparat ein. Tagesschau. Nach der Meldung über einen Staatsbesuch Genschers sagt der Sprecher: „Holger Meins, Mitglied der Baader-Meinhof-Gruppe, ist heute am frühen Abend in der Strafanstalt Wittlich/Eifel gestorben..." Holger Meins ist sein Sohn.

„Teilen wir Ihnen mit,...auf der Flucht erschossen." So hieß es früher. Und heute? „Herzversagen", sagte die Gefängnisleitung Vater Meins am Telefon. „Freiwillig zu Tode gehungert", schreiben die Zeitungen.

Jeder, der die Tatsachen kennt, weiß, das ist eine Lüge. Die Angehörigen von Holger Meins, die Angehörigen der politischen Gefangenen, seine Anwälte, die fast 2 000, die bereits am Wochenende auf die Straße gingen. Sie – aber auch die Justizminister und die Regierung in Bonn – wissen: der Revolutionär Holger Meins wurde zu Tode gefoltert.

Es stimmt. Holger Meins hat gehungert. Seit dem 13.9. war er zusammen mit rund 40 politischen Gefangenen im Hungerstreik. Viele haben erst jetzt, nach seinem Tod, zum ersten Mal erfahren, warum. Im Kampf gegen die Isolationsfolter: Entweder erdulden, wie du Tag für Tag ein bißchen getötet wirst oder alles einsetzen, selbst das Leben, damit du vielleicht das Leben erkämpfst. Das war die Alternative, wie sie von den politischen Gefangenen der RAF, der Roten Armee Fraktion, gesehen wurde. Deshalb, weil sie leben wollten, weil sie weiter als Revolutionäre kämpfen wollten, traten sie in den Hungerstreik, setzen sie ihr Leben aufs Spiel.

Keine Sekunde hat der Klassenfeind daran gedacht, die Forderung der politischen Gefangenen nach Aufhebung der Isolationshaft zu erfüllen. Stattdessen wurde versucht, ihren Kampfwillen durch Zwangsernährung zu brechen. Nur sofortige Solidarität im In- und Ausland hat verhindert, daß bereits vor vier Wochen der erste politische Gefangene ermordet wurde. Ronald Augustin nämlich, weil man ihm das Trinkwasser entzog. Auch Holger Meins wurde zwangsernährt. Als er seinen Widerstand gegen die Zwangsernährung nicht mehr fort-



setzen konnte, wurde die Kalorienmenge, die er bekam, heruntergesetzt bis auf 400 Kalorien, ein Viertel von dem, was ein liegender Mensch zum Leben braucht.

Rechtsanwalt Haag aus Heidelberg war der Letzte, der Genossen Holger Meins sah, und auch das nur, weil er harthäckig gegen ein Besuchsverbot aus „Sicherheitsgründen" kämpfte. Holger Meins wurde auf einer Bahre hereingetragen. Die Beamten stellten sie einfach auf den Boden ab. Rechtsanwalt Haag mußte sich auf den Boden legen und sein Ohr dicht an den Mund von Holger Meins halten, um ihn überhaupt noch zu verstehen. „Holger Meins wiegt weniger als 42 Kilo, kann nicht mehr gehen, kann kaum noch sprechen. Er stirbt." erklärten die Rechtsanwälte dem zuständigen Richter Prinzing. Aber kein Arzt sah nach ihm. „Die Gefängnisärzte kommen erst am Montag wieder", hieß es. Es wären natürlich genügend andere Ärzte da gewesen. Aber die ließ man nicht zu ihm. Als Holger Meins tot war, durften weder seine Angehörigen noch seine Rechtsanwälte ihn sehen. Stattdessen versiegelte man seine Zelle und schaffte die Leiche fort, um sie unter Aufsicht der Staatsanwaltschaft obduzieren zu lassen.

Fortsetzung auf Seite 8

Grußadresse des ZK der KPD/ML

33 Jahre Partei der Arbeit Albaniens

An das Zentralkomitee
der Partei der Arbeit Albaniens

Genosse Enver Hoxha,
1. Sekretär des ZK der PAA

Zum 33. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens sendet das Zentralkomitee der KPD/ML seine herzlichsten Glückwünsche und brüderliche Kampfesgrüße. Unter Führung der Partei der Arbeit hat das albanische Volk das einst arme und in Rückständigkeit gehaltene Albanien zum Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa gemacht. Als Vorkämpferin gegen den modernen Revisionismus weist die Partei der Arbeit Albaniens allen Kommunisten den Weg, unerschütterlich am Marxismus-Leninismus festzuhalten. Durch ihren unversöhnlichen Kampf gegen den Imperialismus, heute besonders gegen die beiden Supermächte, hat sich die Partei der Arbeit Albaniens in der kommunistischen Weltbewegung, beim internationalen Proletariat und bei den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern großes Ansehen und Autorität erworben.

Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD/ML
Ernst Aust, Vorsitzender

Prozess gegen Ernst Aust und Gernot Schubert in Hamburg

Weil der ROTE MORGEN im Juni 1973, während des damaligen Höhepunktes der Steiner-Wienand-Affäre das bürgerliche Parlament als „Schwatzbude" bezeichnete und erklärte, daß es nichts anderes verdient, als im revolutionären Kampf der Massen auseinandergejagt zu werden, soll jetzt am 21. und 22.11. dem damaligen verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN und seinem Verleger, Genossen Ernst Aust und Genossen Gernot Schubert, in Hamburg der Prozeß gemacht werden. Die Präsidentin des Bundestages, Frau Renger selbst, hat Anzeige erstattet wegen „Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer verfassungsmäßigen Ordnung."

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß sich die Bourgeoisie durch diese Charakterisierung des Parlaments, die die Partei seit ihrer Gründung vertritt, so getroffen fühlt. Denn das bürgerliche Parlament ist sozusagen die heilige Kuh der Kapitalisten, das Aushängeschild der bürgerlichen Demokratie. Indem die Bourgeoisie den Massen das Parlament als „Organ des Volkswillens" anpreist, an dessen Bildung jeder über den Stimmzettel beteiligt ist, versucht sie, ihre Klassendiktatur über die Werktätigen als Demokratie für das Volk zu verkaufen. So sollen die Massen, die nach einem Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung suchen, an den imperialistischen Staat gekettet und von der proletarischen Revolution abgehalten werden. Direkte Agenten der Bourgeoisie sind dabei die modernen Revisionisten, die den Geist der Klassenversöhnung in der Arbeiterbewegung säen, Illusionen über den kapitalistischen Staat verbreiten und die Arbeiterklasse ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch entwaffnen.

So sind es vor allem auch die modernen Revisionisten, die den Parlamentarismus zu einer unschätzbaren Einrichtung für die Kapitalistenklasse machen. Denn sie versprechen der Arbeiterklasse nicht nur, wie die anderen bürgerlichen Parteien auch, diese oder jene Verbesserung der Lage der Werktätigen über das Parlament. Sie behaupten, über das Parlament könne man sogar zum Sozialismus kommen, die Herrschaft der Kapitalistenklasse durch die Herrschaft der Arbeiterklasse ersetzen.

Die modernen Revisionisten argumentieren ungefähr so: die Feinde der Arbeiterklasse seien vor allem die grossen Monopole. Realistisch betrachtet seien sie aber trotz ihres großen Einflusses nur eine kleine Minderheit. Die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen dagegen die überwältigende Mehrheit. Im Moment würde diese Minderheit das Schicksal der Arbeiterklasse bestimmen, weil im Parlament eben ausschließlich ihre Fürsprecher sitzen würden. Aber wenn erst einmal die Mehrheit des Volkes auch die Mehrheit im Parlament hätte, dann müßte es ja mit dem Teufel zugehen, wenn nicht auch die Gesetze, der Beamtenapparat, Polizei und Bundeswehr ihr Gesicht grundlegend ändern.

Dieser Versuch, den Massen vorzumachen, das Problem in der bürgerlichen Demokratie sei vor allem die Ungerechtigkeit der Verteilung von Reichtum und

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

Washington und Bonn wollen Verstärkung der US-Besatzertruppen

Nach den zweitägigen Gesprächen zwischen dem US-Kriegsminister Schlesinger und seinem Bonner Amtskollegen Leber steht fest: Die USA wollen die Zahl ihrer Kampftruppen in Westeuropa erhöhen. Zwei neue Heeresbrigaden, zwei nuklear bewaffnete Artilleriebataillone sowie eine Kampfhubschrauberkompanie – insgesamt 18 000 Mann – sollen aufgebaut werden. Leber versprach seinerseits, die Bundeswehr werde ihre 33 Brigaden auf 36 erhöhen. Diese Aufrüstung bedeutet eine Verschärfung der Spannungen in Europa. Sie straft die Entspannungs- und Abrüstungsreden Lügen und beweist erneut: Die Pläne der Imperialisten laufen auf eine Neuaufteilung ihrer Herrschaftsbereiche hinaus, auf einen neuen imperialistischen Raubkrieg in Europa.

Wer erinnert sich nicht daran, daß die US-Imperialisten noch vor einigen Monaten verkündeten, ihre Truppen in Westeuropa zu verringern? Die Zeitungen waren voll davon: „Gleichgewicht der Kräfte in Gefahr", „Der Sowjetunion ausgeliefert" und ähnliches. Doch die US-Imperialisten dachten wahrhaftig nicht daran, ihre Truppen zu verringern, die Krallen ihrer Macht in Westeuropa zu lockern. Sondern es war eines ihrer Manöver, um sich als „Schutzmacht" Westeuropas herauszuputzen, die Angst vor dem Krieg zu schüren, um ihre Armee als den Retter zu präsentieren. Es war ein Manöver, das unser Volk demoralisieren, seinen Widerstand

Fortsetzung auf Seite 4

Welternährungskonferenz: Das Problem des Hungers ist nur im Kampf gegen den Imperialismus zu lösen

Zu Beginn der Welternährungskonferenz in Rom ergriffen Vertreter der imperialistischen Länder wie Kissinger und Ertl das Wort, um ihre Ansicht über das Problem des weltweiten Hungers vorzutragen. „Zu großer Bevölkerungszuwachs", „Klimaprobleme" usw. seien angeblich die Ursachen dafür, daß Millionen Menschen, daß ganze Völker zu Hunger und bitterster Armut verdammt seien.

Daß dies Lügen sind, die vertuschen sollen, wer in Wirklichkeit für den Hungertod von Millionen Menschen verantwortlich ist, zeigen zwei Beispiele. In Indien hungern Millionen Menschen. Gewiß, die Bevölkerungszahl ist sehr hoch. Auch gibt es Zeiten der Trockenheit. Aber das Nachbarland Indiens, die Volksrepublik China, hat eine noch größere Bevölkerung von Hunderten Millionen Menschen. Und auch in China gibt es Zeiten, wo der Regen ausbleibt oder nur in geringen Mengen fällt. Aber in der Volksrepublik China gibt es keinen Hunger, jeder kann ausreichend essen, ja nicht einmal die Arbeitslosigkeit gibt es dort. China kennt keine wirtschaftlichen Krisen.

Der Hunger entsteht also nicht durch nebensächliche Faktoren wie Bevölkerung, Klima oder geographische Lage, wie Kissinger weismachen will. Seine Ursache ist das gesellschaftliche System, er ist eine Geißel des Kapitalismus und Imperialismus.

Die heutigen Weltreserven an Nahrung sind in Qualität und Menge so groß, daß sie ausreichen, um noch einmal soviel Menschen zu ernähren wie heute auf der Erde leben. Die Frage ist aber, in wessen Händen sich die Nahrungsquellen befinden und von wem sie ausgenutzt werden. Hunger und Armut plagen nicht nur die Völker, die an den Folgen des Kolonialismus heute noch leiden, oder die Länder, die sich in Abhängigkeit vom Imperialismus befinden, sondern auch viele Menschen in den imperialistischen Ländern selbst. Laut amerikanischen Statistiken hungern Millionen Amerikaner und die Zahl der Armen in den USA geht über die 25 Millionen. Auch in den EWG-Ländern leben 10 Millionen Menschen unter dem Existenzminimum. **Und das zu einer Zeit, wo die Monopolkapitalisten zehntausende Tonnen Nahrungsmittel, die berühmten Butter-, Fleisch- und Getreideberge in Lagern verschließen oder sogar vernichten, nur um die Preise hochzutreiben und sich Höchstprofite zu sichern.**

Verantwortlich für Hunger und Armut in der Dritten Welt wie überall sind die Imperialisten, verkörpert vor allem durch die zwei größten Räuber und grausamsten Feinde der Völker, die beiden Supermächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus. Sie plündern die Völker aus und versuchen, die Naturreichtümer der anderen Länder vollkommen unter ihrer Kontrolle zu halten. Sie verwandeln ganze Länder in ihre Rohstoffquellen und Absatzmärkte, ordnen sie völlig ihrer Raubgier unter. **Dies hat dazu geführt, daß zwar 70% der Menschen in den Entwicklungsländern leben, ihr Anteil an den Welteinkünften aber nur 30% beträgt.** Und diese Situation versuchen beide Supermächte mit allen Mitteln gegen den Kampf der Völker aufrechtzuerhalten und sogar noch zu verschärfen.

In Rom aber spielt sich Kissinger als Freund und Gönner der Hungernden und Armen auf: Die USA würden ihre Agrarerzeugung bis an die Grenze der Kapazität steigern, um mehr exportieren zu können.

Natürlich werden sie Getreide verkaufen. Aber für welchen Preis? Das sagt Kissinger nicht. Zum einen nutzen beide Supermächte die Notlage aus, um Höchstpreise herauszuschlagen. Doch damit sind sie nicht zufrieden. Sie sind Imperialisten, die ständig versuchen, sich diese Länder völlig untertan zu machen, um sie noch mehr auszubeuten und zu plündern. Sie stellen ihre Bedingungen: das jeweilige Land sowohl hinsichtlich seiner Wirtschaft als auch politisch und militärisch durchdringen zu können. Auf diese Weise aber wird es diesen Ländern geradezu unmöglich, eine eigene Wirtschaft aufzubauen, die sich an den eigenen nationalen Interessen orientiert, wird das Elend der breiten Volksmassen noch größer.

Das Problem des Hungers und der Armut kann nicht mit, sondern nur im Kampf gegen den Imperialismus gelöst werden. Das lehrt am deutlichsten das sozialistische China mit seinen Hunderten Millionen Menschen. Das chinesische Volk hat die ausländischen Imperialisten verjagt, die chinesischen Reaktionäre gestürzt und seine eigene, die Volksmacht, den Sozialismus aufgebaut. Es baut eine unabhängige und sozialistische Landwirtschaft und Industrie auf, die den Interessen des Volkes entspricht und in seinen Händen liegt. Das ist der Grund für den stetig wachsenden Wohlstand in China. Die Imperialisten aber sind nicht in der Lage, das Problem des Hungers und der Armut zu lösen – weder in den Ländern der Dritten Welt noch in ihrem eigenen Land. Ihre Vorschläge sind Schönfärberei, die darauf hinauslaufen, die Lage der hungernden Menschen zu verewigen.

Die Länder der Dritten Welt, die Völker der ganzen Welt schließen sich immer enger zusammen im Kampf gegen Hunger und Armut, gegen imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung. **Für sie ist die Volksrepublik China, die an der Spitze dieses Kampfes marschiert, der beste, lebendige Beweis dafür, daß die Imperialisten lügen, daß Hunger keine schicksalhafte Fügung ist, sondern beseitigt werden kann, wenn die Völker ihr Schicksal im Kampf gegen beide Supermächte, im Kampf gegen den Imperialismus, ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen.**

Sozialimperialisten wittern günstige Gelegenheit

Die sowjetischen Sozialimperialisten beabsichtigen, Portugal „Wirtschaftshilfe" zu geben. Das erklärte der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew in Moskau gegenüber einer portugiesischen Delegation, die von dem Regierungsmitglied und Vorsitzenden der revisionistischen Partei Portugals, Cunhal, angeführt wurde.

Mit Speck fängt man Mäuse, heißt es im Volksmund. Genau dies ist die Methode der sowjetischen Sozialimperialisten, wenn sie versuchen, in andere Länder einzudringen. Mit sogenannten Wirtschaftshilfen sind sie zum Beispiel auch in Indien eingedrungen und heute haben sie bereits einen bedeutenden Teil der indischen Industrie an sich gerissen. Wie dieser Weg der „Wirtschaftshilfe" endet, das zeigen die Länder des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), deren Wirtschaft von den sowjetischen Sozialimperialisten beherrscht wird, deren Regierungen nur noch Lakaien Moskaus sind und deren Territorium in ein Aufmarschgebiet der sowjetischen Atomraketen und Panzer verwandelt worden ist.

Daß ihre Ziele in Portugal nicht anders aussehen, machte Patolitschew deutlich, als er sagte, die Sowjetunion wolle mit Portugal „gegenseitiges Einvernehmen auf politischem Gebiet erreichen". Denn was heißt „gegenseitiges Einvernehmen" aus dem Munde einer Supermacht? Unterordnung unter ihre hegemonistischen Interessen. Geschah die Okkupation der Tschechoslowakei nicht auch im „gegenseitigen Einvernehmen"?!

Nicht zufällig sind sie an Portugal besonders interessiert. Zum einen hat Portugal mit seiner Lage am Atlantik für die sowjetischen Sozialimperialisten große strategische Bedeutung: von dort aus können sie mit ihren Flotten und Atom-U-Boot-Gürteln den Atlantik noch mehr beherrschen. Sie würden damit zugleich einen Ausgangspunkt besitzen, von dem aus sie die afrikanischen und lateinamerikanischen Völker noch energischer bedrohen können. Vor allem aber bedeutet ein Einfluß in Portugal, eine neue sozialimperialistische Bastion zu schaffen, von der aus sie weitere Unternehmungen starten können, um dem Rivalen, der anderen Supermacht, den USA, ihren Herrschaftsanspruch streitig zu machen und mit Aggression und Subversion die sowjetische Gewaltherrschaft über ganz Europa zu errichten.

Es kommt hinzu, daß die sowjetischen Sozialimperialisten hier eine günstige Gelegenheit wittern: Denn die portugiesische Bourgeoisie ist sowohl hinsichtlich ihrer Wirtschaft als auch politisch relativ schwach. Die sowjetischen Sozialimperialisten hoffen daher bei ihren Plänen auf geringen Widerstand in Portugal zu stoßen. Zudem rechnen sie auch auf Leute wie Cunhal, auf die revisionistische Partei Portugals, die der portugiesischen Bourgeoisie in der Regierung die Geschäfte gegen das Volk führt. Diese Revisionisten haben sich stets auch als ergebener Agent der Sowjetrevisionisten erwiesen. Dies werden die sowjetischen Sozialimperialisten auszunutzen versuchen, um Portugal in den Griff zu bekommen, es sich gefügig zu machen.

Ob den Moskauer Kremlführern ihr Plan gelingt, darüber entscheidet aber vor allem das portugiesische Volk. Es wird die Pläne dieser Supermacht in Portugal durchkreuzen und zunichte machen. Das portugiesische Volk hat gegen das faschistische Caetano-Regime, das dem US-Imperialismus hörig war, einen bedeutenden Sieg errungen: die Bourgeoisie sah sich angesichts des anwachsenden Kampfes des Volkes gezwungen, dieses offen faschistische Regime abzusetzen. Doch mit dem Sturz Caetanos hat das Volk seinen Kampf nicht beendet, sondern verstärkt fortgeführt. Davon zeugen die großen Streiks der Werktätigen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und die militanten Kämpfe der Marxisten-Leninisten und anderer fortschrittlicher Kräfte. So kam es in der letzten Woche zu schweren Straßenschlachten in Lissabon, bei denen Polizisten, die mit Waffengewalt gegen die militanten Kräfte vorgingen, schwer verletzt wurden. Die Kämpfer wurden im Verlauf der Aktion tatkräftig von den Massen unterstützt.

Das portugiesische Volk wird seinen Kampf fortführen, um sich endgültig von der Bourgeoisie im eigenen Lande und vom ausländischen Imperialismus zu befreien.

US-Wahlen: Wahlbeteiligung um 16% zurückgegangen

In den USA haben die Zwischenwahlen zum amerikanischen Kongreß stattgefunden. Die „Republikanische Partei" von Nixon und Ford erlitt eine schwere Schlappe: Im Kongreß bekam die „Demokratische Partei" die Zweidrittelmehrheit. Auch bei den gleichzeitigen Senats- und Gouverneurswahlen verloren die „Republikaner" eine erhebliche Anzahl von Stimmen und Posten an die „Demokraten". Die Wahlbeteiligung sank auf den niedrigsten Stand von ungefähr 40%.

Dies Ergebnis bringt den Unwillen der amerikanischen Wähler zum Ausdruck über „Watergate" und über das Regierungsprogramm der sogenannten „Inflationsbekämpfung", das den amerikanischen Werktätigen durch Lohnraub und Arbeitslosigkeit die schweren Folgen der Krise aufhalsen soll. Zugleich aber zeigt es auch, daß die parlamentarischen Illusionen, die von den US-Imperialisten systematisch geschürt werden, von den breiten Massen nicht völlig durchschaut werden. Die US-Imperialisten stellten „Watergate", den Inbegriff der Fäulnis und Verrottung des amerikanischen Imperialismus, als persönliche Verfehlung Nixons und seiner Parteifreunde hin und die schwere wirtschaftliche Krise, die Inflation und Arbeitslosigkeit, sowie die aggressive Kriegspolitik des US-Imperialismus als Ergebnis der falschen Politik Nixons. Dagegen propagierten sie als die „Alternative" die „Demokratische Partei".

Doch das alte Spiel des Parlamentarismus, den Werktätigen als Ausweg aus ihrer Lage mal die eine, mal die andere bürgerliche Partei zu propagieren, wird für die Bourgeoisie offensichtlich immer schwieriger.

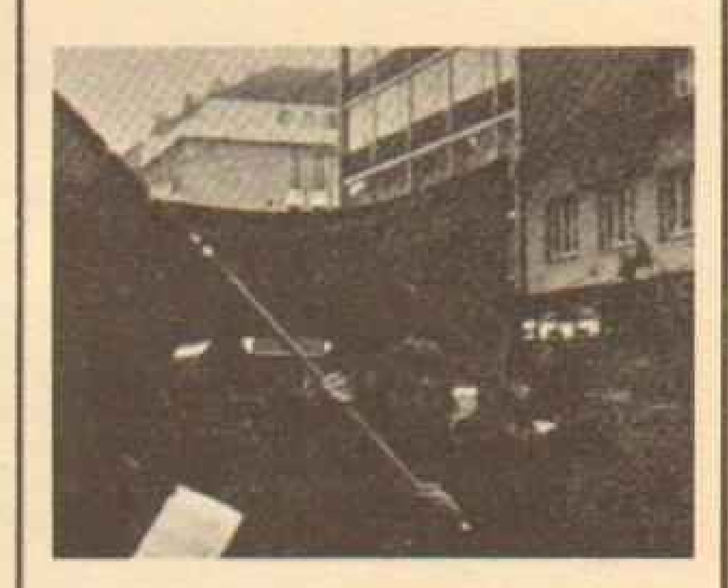
Wie die US-Imperialisten es auch drehen: Seit „Watergate" haftet dem Wort „Kongreßabgeordneter" etwas Anrüchiges an und für so manchen ist es zu einem zweiten Wort für „Gangster" und „Betrüger" geworden. Nur so auch ist zu erklären, daß einige neue Kandidaten immer wieder beteuerten, sie seien noch niemals Kongreßmitglied gewesen und hätten bisher in keinem Amt gesessen. Um dieser Stimmung in der Bevölkerung über die Abgeordneten Rechnung zu tragen, setzten die US-Imperialisten mehr denn je Kandidaten ein, die nicht aus der Branche „Berufspolitiker" stammen: zum Beispiel den Weltraumfahrer Glenn, bekannte Filmflittchen, Leute des „Show-Business" usw.

Die Zwischenwahlen in den USA bestätigen, was Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vom 3. Oktober über die angebliche amerikanische Demokratie sagte: **„Sie ist nichts als eine Fassade, die mit einem gewissen Glanz überzogen wurde und die errichtet wurde, um das wahre Gesicht einer wilden Diktatur der Kapitalistenklasse zu verhüllen, um die Arbeiter daran zu hindern, das zu sehen und ihre wirkliche Lage zu erkennen."**

Kurz berichtet

DÜSSELDORF/ WESTBERLIN:
In Düsseldorf demonstrierten am 9.11. rund 1 200 Menschen ihre Solidarität mit den mächtigen Streikkämpfen des spanischen Volkes. Wie in anderen Städten hatte auch hier die FRAP, die einzig legitime Vertreterin des spanischen Volkes, zu dieser Demonstration aufgerufen. Beteiligt an dieser Demonstration waren neben der FRAP die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, die Iranische Studentenorganisation FIS, die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten, die KPD/ML, die ROTE HILFE, die GRF und die Liga. Die Teilnehmer sammelten 1 500 DM zur Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes.

In Westberlin demonstrierten am gleichen Tag rund 1 000 ihre Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes. Ein Versuch der Polizei, einen der Genossen, der unter der Bevölkerung für die materielle Unterstützung des Kampfes sammelte, zu verhaften, konnte durch den mutigen Einsatz anderer Demonstrationsteilnehmer verhindert werden.



HAMBURG:
Für den 2. 11. hatte die Iranische Studentenvereinigung in Hamburg zur Feier des Mergan-Festes, einem traditionsreichen Kampftag des iranischen Volkes, aufgerufen. An dieser Feier beteiligten sich die Patriotische Einheitsfront der Türkei, die Partei und andere Organisationen. Der Redner der Partei betonte in seiner Grußadresse die Notwendigkeit, den Kampf des persischen Volkes für seine Befreiung durch den Klassenkampf im eigenen Land zu unterstützen, und erinnerte daran, daß die Patrioten der CISNU und die Partei in vielen Kämpfen gegen den faschistischen Terror des Schahregimes und gegen die Unterdrückung iranischer Revolutionäre in der Bundesrepublik im Geiste des Proletarischen Internationalismus Seite an Seite gekämpft haben.

KORREKTUR
Im Artikel „Tausende durch Atomreaktoren gefährdet" im RM Nr. 45 ist uns ein Druckfehler unterlaufen. Die „Nordwestdeutschen Kraftwerke" bestechen nach Angaben von Bauern Vorstandsmitglieder der örtlichen Bauernverbände nicht mit 20 000, sondern mit 2 000 DM.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV-Tarif: Schlichtungsgerede soll den Kampf der Kollegen unterdrücken

Der ÖTV-Hauptvorstand hat seine Tarifempfehlung für die kommenden Verhandlungen im Dezember vorgelegt: ein Sockelbetrag von 50 DM und 6 %. Aber selbst diese Lohnraubforderung kommentierte Bundeskanzler Schmidt kaltschnäuzig als „überhöht". Es ist jetzt schon klar: nach dem Verhandlungstheater soll sogar noch darunter abgeschlossen werden.

Jetzt schon bereiten Staatsapparat und ÖTV-Führung diesen Lohnraubabschluß propagandistisch und politisch vor. In unverschämten Karikaturen und Artikeln schießt die bürgerliche Presse sich ein: Wer beim Staat arbeitet, dessen Arbeitsplatz ist gesichert. Und da wollen die noch mehr Lohn? Was sollen denn da die Metallarbeiter erst sagen? Bewußt wird diese Lüge von der Sicherheit beim Staat verbreitet, um so den Forderungen der Kollegen von vornherein entgegenzutreten und um die gemeinsame Front der Arbeiterklasse zu spalten. Wahr ist vielmehr, daß gerade im Öffentlichen Dienst eine scharfe Rationalisierung bevorsteht: Allein bei der Bundesbahn sollen tausende Kollegen entlassen werden. Doch diese Lügen sind nur ein Bestandteil der Vorbereitungen, um im Öffentlichen Dienst einen Abschluß unter 9 % zu erzwingen.

Bereits nach den Streiks bei den letzten Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst hatten sich ÖTV und Regierung zusammengesetzt und überlegt, wie künftig Streiks möglichst verhindert werden könnten. Mit demagogischem Gerede von der besonderen Situation im Öffentlichen Dienst, wo nicht gestreikt werden sollte, da jeder auf diese Dienste angewiesen sei, brachte die Regierung offen den Vorschlag der Zwangsschlichtung aufs Tapet: Danach hat eine Schlichtungsstelle den Abschluß festzulegen, den Kollegen aber ist jeder Kampf untersagt.

Trauten sie sich nicht, dies faschistische Verfahren auch gleich in die Praxis umzusetzen, so ist doch ein Schritt dahin getan worden: ÖTV und Regierung wollen sich auf ein Schlichtungsverfahren einigen, das bereits bei den kommenden Verhandlungen im Dezember angewandt werden soll: Bei diesem Verfahren soll von vornherein geschlichtet werden, Streiks sind nur dann erlaubt, wenn die Schlichtung von Gewerkschaftsführern oder dem anderen „Tarifpartner" abgelehnt wird. Das aber bedeutet, daß Staat und Gewerkschaftsapparat einen Schritt vorwärts tun wollen auf dem Weg der Illegalisierung von Streiks, dem Verbot des wichtigsten Kampfmittels der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampf.

Es ist kein Zufall, daß dieses Schlichtungsverfahren gerade im Öffentlichen Dienst eingeführt wird. Der kapitalistische Staatsapparat, dessen Aufgabe es ist, im Interesse des Kapitals Lohnraub und politische Unterdrückung durchzusetzen, legt sich natürlich beim Öffentlichen Dienst ganz besonders ins Zeug, praktisch, um ein Exempel für alle weiteren Bereiche zu schaffen. Daher werden Schmidt und Maihofer auch alles daransetzen, um gemeinsam mit dem ÖTV-Gewerkschaftsapparat einen Abschluß unter 9 % durchzusetzen.



1974: Tausende Kollegen bei der Post kämpfen für ihre Forderungen.

Westberliner Arbeitsgericht: Arbeitsverbot für Landesvorsitzenden der KPD/ML

Im Frühjahr dieses Jahres war Thomas Scheffer, Landesvorsitzender der KPD/ML in Westberlin, von den AEG-Kapitalisten gekündigt worden. „Arbeitsmangel" wurde als Grund angegeben. Wegen dieser Kündigung fand jetzt am 7. 11. ein Arbeitsgerichtsprozeß Thomas Scheffer gegen die AEG in der zweiten Instanz statt. In dieser Verhandlung zeigte sich deutlich, daß das Arbeitsgericht an dem Kündigungsgrund der AEG-Kapitalisten nicht herumkritisiert hatte, weil es dem Arbeiter Thomas Scheffer gegen die AEG-Kapitalisten Recht verschaffen wollte.

Das Arbeitsgericht glich an diesem Verhandlungstag einem Polizeilager. Die zwei an den Verhandlungsraum angrenzenden Säle waren mit Polizei in Kampfausrüstung gefüllt. Als Genosse Thomas und sein Anwalt gleich zu Beginn den Abzug der Polizei forderten, meinte der Richter zynisch: er fühle sich durch die Polizei nicht bedroht. Die Vertreter der AEG-Kapitalisten hatten gegen die Polizei natürlich auch nichts einzuwenden.

Auch in dieser Verhandlung wurde völlig klar, daß die AEG-Kapitalisten ihren ersten Kündigungsgrund frei erfunden haben. Thomas' Arbeitsplatz war nicht, wie sie behaupteten, weggefallen, weil nur noch im Einschichtbetrieb gearbeitet wurde, vielmehr wurde seit seiner Kündigung in zwei, seit einigen Monaten sogar in drei Schichten gearbeitet. Damit die AEG-Kapitalisten nicht vor Gericht als Lügner entlarvt wurden, lehnte das Gericht sämtliche Zeugen des Genossen ab und hatte 9 Zeugen aus seiner alten Abteilung gar nicht erst geladen.

Nach einer Verhandlungspause, in der Genosse Scheffer unter grossem Beifall der Zuschauer eine Protestresolution gegen den geplanten Schreibtischmord an Rotgardisten Sascha Haschemi verlas, erschien das Gericht zur Urteilsverkündung.

Es erklärte, die Berufung der AEG sei zurückzuweisen, da die Kündigung in angeführter Form ungerechtfertigt sei. Entlassen worden aber sei Thomas Scheffer trotzdem zu Recht, da er die „freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD" mit Waffengewalt stürzen wolle und dies auch in den Betriebszeitungen der KPD/ML, für die er verantwortlich zeichne, offen kundtue.

Dieses Urteil eines Westberliner Arbeitsgerichts bedeutet nichts anderes als Arbeitsverbot für Kommunisten. Hier soll ein Exempel statuiert werden, damit jeder, der als Mitglied der Partei bekannt ist, der offen ihre Politik vertritt, als „unzumutbar" für die Kapitalisten entlassen werden kann. Deutlicher kann sich die Heuchelei der Demokratie in diesem Staat nicht zeigen. Da läßt die Bourgeoisie auf der einen Seite die KPD/ML an den Wahlen teilnehmen, um vor den Massen zu protzen: Seht, bei uns können auch die Kommunisten ganz legal auftreten. Auf der anderen Seite aber heißt es dann: arbeiten dürft ihr aber nicht, das ist für die Kapitalisten nicht zumutbar! Genauso wie die Bourgeoisie bald für jeden Punkt der Politik der Partei einen Paragraphen des Strafgesetzbuches bereithält, um mit der Nadelstichtaktik der Strafbefehle, Beschlagnahmungen und Prozesse die kommunistische Agitation und Propaganda zu illegalisieren. Daß das Westberliner Arbeitsgericht jetzt aber gezwungen war, so offen die kommunistische Gesinnung des Genossen und seine Tätigkeit für die Partei als ausschlaggebenden Kündigungsgrund anzugeben, wird nicht nur den Kollegen bei AEG in Westberlin noch klarer zeigen, was diese „freiheitlich-demokratische Ordnung" in Wirklichkeit ist, eine Diktatur der Kapitalistenklasse über die Werktätigen.



Wir lassen uns nicht länger vertrösten

Im Hella-Werk in Recklinghausen arbeiten zur Zeit etwa 730 Menschen (vor einem Jahr waren es noch ca. 850). Es werden elektrische Teile für die Autoindustrie hergestellt. Natürlich haben die Hella-Kapitalisten beim Bau der Fabrikhallen vor sieben Jahren äußerst gespart und entsprechend sind die klimatischen Anlagen für die Arbeiterinnen. Im Sommer ist die Hitze unerträglich, im Winter frieren wir.



In diesem Jahr wurde es schon Ende September verdammt kalt. Aber die Geschäftsleitung befahl, daß die Heizung nur für zwei Stunden am Morgen angemacht werden dürfe. **Zynisch erklärte man uns, wir sollten uns eben warm arbeiten.** Der Betriebsrat, der bedrängt wurde, sobald er in den Hallen auftauchte, brachte nur das übliche Geschwätz er stünde in ständigen Verhandlungen usw.

In unserer Abteilung tauchte dann in der Frühstückspause der Gedanke auf: **wir lassen uns nicht länger vertrösten, wir nehmen die Sache in die eigene Hand und marschieren zur Geschäftsleitung.** Bis zur Mittagspause wurde die Sache diskutiert und der Kampfwille reifte heran. Als die Betriebsräte merkten, daß es ernst wurde, sagten sie demagogisch: „Ja,kommt nur alle nach vorn und stärkt uns den Rücken bei unseren Verhandlungen"

Als dann aber nach der Pause tatsächlich die gesamte Abteilung (mit zwei Ausnahmen) durch das Werk zu den Büros marschierte und sich noch einzelne Kollegen aus der Nachbarabteilung anschlossen, da kriegten die Herren Arbeiterverräter doch ganz schön runde Augen. Auch waren wir ja nicht gekommen, um ihnen den Rücken zu stärken, vielmehr ließen wir das Betriebsratszimmer rechts liegen und gingen sofort zum Büro der Geschäftsleitung. Leider hatten wir Pech: Der Herr Direktor war gerade „Zu Tisch" gegangen, nach Hause versteht sich. So einer hat ja den Kantinenfraß nicht nötig.

So mußten wir dann doch noch ins Betriebsratszimmer wechseln, aber dort fand dann eine Versammlung statt, wie dieses Zimmer sie nicht alle Tage erlebt. Wir forderten: sofort wird die Heizung angemacht und auch nicht wieder abgedreht. Die Kolleginnen der anderen Abteilung forderten zusätzlich Maßnahmen gegen den Durchzug. Wenn die Heizung am anderen Tag nicht läuft, kommen wir wieder, das haben wir den Herren deutlich gesagt. Und am nächsten Tag lief die Heizung, defekte Lüfter wurden repariert und seitdem wagt es die Geschäftsleitung nicht, die Heizung noch einmal abzustellen.

Am nächsten Tag unterschrieben in den Abteilungen, wo die Kollegen unter Durchzug litten, fast alle geschlossen eine Resolution, in der Maßnahmen gefordert wurden. Von dieser Unterschriftensammlung waren Geschäftsleitung und Betriebsrat überrascht. Sie hatten wohl gedacht, die Sache wäre jetzt erledigt. Stattdessen erneut Unruhe und selbständige Kampfmaßnahmen. Sie reagierten diesmal mit Drohungen und Einschüchterungsversuchen. Den drei Kollegen, die die Unterschriftenliste übergeben hatten, drohte der Abteilungsleiter mit „rechtlichen Schritten". Einer schwangeren Kollegin drohte er, sie könne auch trotz Mutterschutz entlassen werden.

Aber die Kolleginnen ließen sich nicht einschüchtern und die Herren sahen sich genötigt, in die entsprechenden Hallen zu gehen und dort Maßnahmen gegen den Durchzug zu erörtern.

Auf der nächsten Betriebsversammlung wurde verkündet, daß eine Schwingtür bestellt sei, um den Zug abzuhalten.

Eine Schwingtür ist natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber es ist doch ein Teilerfolg, das Ergebnis des Zusammenhalts und des entschlossenen Kampfes der Kolleginnen. **Der Betriebsrat versuchte dann auf der Betriebsversammlung auch sofort, sich den Erfolg in die eigene Tasche zu stecken. Dieser Lüge trat aber sofort eine Kollegin entgegen. Sie stellte klar, daß nur der selbständige Kampf der Kolleginnen Erfolg gebracht hatte.** Der Betriebsrat hatte dagegen zum Beispiel die drei Kollegen in keiner Weise gegen die Drohungen der Geschäftsleitung unterstützt. Getroffene Hunde bellen! Sofort nach der Betriebsversammlung stürzte der Abteilungsleiter auf die schwangere Kollegin zu und drohte ihr mit einem Prozeß, wenn sie die Behauptung nicht zurücknähme, er habe ihr trotz Mutterschutz mit Entlassung gedroht. Er verlangte eine Erklärung von ihr auf der nächsten Betriebsversammlung oder am Schwarzen Brett. – Nun, er wird seine Erklärung bekommen, aber sie wird ihm nicht gefallen...

Die Genossen der ROTEN GARDE schreiben dazu:

Der Marsch zur Geschäftsleitung und die Unruhe überhaupt wurden nicht nur durch den Zorn über die Kälte genährt. Hier brach sich der Unwille über die Angriffe der Firmenleitung und die Untätigkeit des Betriebsrates Bahn. Seit längerer Zeit werden die Akkordpreise heraufgesetzt. Da in vielen Abteilungen Arbeitsmangel herrscht, werden die Frauen von einer Abteilung in die andere, von einem Arbeitsplatz zum anderen gescheucht, so daß sie natürlich den Akkord nicht schaffen können. So hatten viele Kolleginnen am 15. Oktober wesentlich weniger Lohn als sonst. Inzwischen ist Kurzarbeit vom 27.12. bis 6.1. angesetzt worden, was den Lohn weiter drückt. Das Weihnachtsgeld ist gekürzt, die sogenannten „freiwilligen" Leistungen der Firma werden gestrichen. In der letzten Woche war die erste Massenentlassung, 16 Frauen wurden an einem einzigen Tag entlassen. Alle Kolleginnen, die mehr als 50 Tage im Jahr gefehlt haben, also krank waren, wurden gefeuert. Und alle wissen, das ist erst der Anfang, weitere Kurzarbeit und Massenentlassungen werden folgen. **Der Drang, etwas zu unternehmen, die Frage nach dem Ausweg, ist in der letzten Zeit sehr gewachsen. Zwar gibt es noch Resignation und auch Illusionen in den Kapitalismus. Aber die Fragen an die Genossen im Betrieb nach dem Sozialismus häufen sich, die Unruhe wächst.**

Revisionistisches

SOWJETREVISIONISTEN FÖRDERTEN SOLSCHENYZIN

Im Novermber 1962 erschien in der offiziellen Moskauer Literaturzeitschrift „Nowyi Mir" die Erzählung eines „bisher noch unbekannten Autors" mit dem Titel „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch". In dieser Erzählung wird über die sozialistische Sowjetunion unter Führung der KPdSU(B) unter Führung Stalins gehetzt, in dem Schreckensnachrichten über die Zustände in den Arbeitslagern erzählt werden.

Zehn Jahre später schreibt der gleiche Autor einen Roman mit genau dem gleichen Thema, nämlich Solschenyzin das Buch „Archipel Gulag". Die sowjetischen Sozialimperialisten erheben jetzt ein großes Geschrei über den „Antikommunisten Solschenyzin". Aber die Geschichte selbst beweist, daß das nur eine Schmierenkomödie ist, um das sowjetische Volk und die anderen Völker der Welt zu täuschen. Niemand anders als die sowjetischen Revisionisten selbst waren die Mäzene dieses reaktionären Schreiberlings.

„S"EW FORDERT KURZARBEIT

Im „Motor", der Zeitung der „S"EW, der revisionistischen Partei in Westberlin bei Daimler-Benz, heißt es in einem Artikel zum geplanten Zwangsurlaub zwischen Weihnachten und Neujahr: „Tatsächlicher Arbeitsmangel kann nicht vorhanden sein...Wenn es wirklich zu zeitweiligen Schwierigkeiten gekommen sein sollte, wäre ja noch die Möglichkeit der Kurzarbeit gewesen, die für die Arbeiter wenigstens teilweise Lohnausgleich bedeutet." Opfer müssen die Arbeiter aber auf jeden Fall bringen, wenn die Kapitalisten angesichts der Krise die Ausbeutung verschärfen! Die einzige „Kampfperspektive", die die „S"EW den Arbeitern bietet: Die Wahl zwischen zwei Opfern. Vom Klassenkampf gegen die Angriffe des Kapitals ist in dem ganzen Artikel kein einziges Mal die Rede. Dafür wird den Arbeitern dann am Schluß des Artikels eingeredet, die „mangelnde Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates" seien Schuld an ihrer Situation.

AUF EMPFEHLUNG VON HEINEMANN

In einem Flugblatt der D„K"P mit dem Titel: „DKP – die einzige Kommunistische Partei / Klarstellung" heißt es unter anderem: „*Wie viele unserer Mitbürger wissen, sind wir Mitglieder der 1956 verbotenen KPD gewesen und sind heute Mitglieder der DKP. Wir und andere Arbeiterinnen und Arbeiter haben uns 1968 auf Anraten des damaligen Bundespräsidenten Heinemann zur DKP zusammengeschlossen.*"

Ein Kommentar zu dieser Klarstellung ist wohl überflüssig.

MITBESTIMMUNG, DAMIT DIE STADT BESTIMMEN KANN

Auf einer Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl, die vom Kreisjugendring von Biedenkopf veranstaltet wurde, nahm auch die D„K"P teil. Während eine Gruppe von Jugendlichen sich gegen die Bevormundung und Repressionen durch die Stadt auflehnte, empfahl ihnen der D„K"P-Spitzenkandidat für den Marburger Kreistag, Gehrhard Pfaff, doch für die Mitbestimmung einzutreten. Denn, so Pfaff, die Jugendarbeit sei ein Verfassungsauftrag der Gemeinden und die Gemeinden würden natürlich nur dann Geld rausrücken, wenn sie auch Einfluß auf die Jugendarbeit hätten – und deshalb fordere die D„K"P eben Mitbestimmung.

Kampf der Soldaten hat die Offiziere in Unruhe versetzt

Soldaten des Jägerbataillons 391 in Oldenburg in Holstein hatten in einem Bericht an den ROTEN MORGEN geschrieben, wie sich bei ihrer Teilnahme am Manöver „Bold Guard" zeigte, daß den Kapitalisten und ihren Armeeoffizieren das Leben der Soldaten tatsächlich nur ein Dreck wert ist. Der ROTE MORGEN, in dem dieser Bericht abgedruckt war, ging in der Kompanie von Hand zu Hand. Viele Kameraden fanden ihn richtig und gut und einige wollten wissen, wie man den ROTEN MORGEN bekommen kann. Auf einmal hing der Artikel dann auch am Schwarzen Brett der Kompanie.

Jetzt schlugen die Offiziere zurück. Der Bericht wurde vom Schwarzen Brett entfernt und offensichtlich an den Stab weitergeleitet. Am nächsten Tag wurden zwei Kameraden zum Sicherheitsoffizier des Stabs bestellt und dort verhört. Man warf ihnen vor, sie hätten den Bericht angeheftet. Dafür gäbe es angeblich Zeugenaussagen. Es würde gegen sie wegen Wehrkraftzersetzung und „Verunglimpfung der BRD" ermittelt. **Die beiden Kameraden wurden den ganzen Tag festgehalten und bewacht. Sie durften weder in ihr Zimmer, noch an ihren Spind, durften weder untereinander, noch mit ihren Kameraden Kontakt aufnehmen. Selbst die Frau eines Kameraden, die an diesem Tag gekommen war, um ihn abzuholen, durfte ihn nicht sprechen.** Währenddessen wurden die anderen Kameraden verhört, die Spinde der beiden Kameraden durchsucht, sowie ihre Privatwagen und ihre Privatwohnungen. Bei diesen Durchsuchungen durften sie nicht dabei sein. Die Ermittlungen wurden vom Bataillon, vom MAD und von der Kriminalpolizei durchgeführt. Diese Herren hatten es vor allem auf einen Kameraden abgesehen, dessen antimilitaristische Einstellung bekannt ist und der mit der KPD/ML sympathisiert. Beide Kameraden müssen jetzt mit einem Strafverfahren wegen Wehrkraftzersetzung und mit einer entsprechenden Bestrafung beim Bund rechnen, einem von ihnen wurde inzwischen mit „Entfernung von der Truppe" gedroht.

Viele von uns fanden diese Vorfälle eine große Sauerei und waren über diese Maßnahmen empört. So wurden die Beamten der Kripo von vielen Kameraden beschimpft, als sie in der Kompanie anwesend waren. Denn die Soldaten wissen aus eigener Erfahrung sehr gut, daß die Maßnahmen der Sicherheitsoffiziere, die Disziplinarordnungen und Gesetze der Bundeswehr nicht etwa „gleiches Recht für alle" sind, um Demokratie für die „Bürger in Uniform" zu schaffen, sondern vielmehr Gesetze gegen die einfachen Soldaten.

So mußte ein Kamerad dieser Kompanie zum Beispiel für sieben Tage in den Knast, weil er an einem Sonnabend seinen Zusatzdienst nicht angetreten hatte. Ein anderer bekam 80 Mark Geldstrafe, weil er zu Hause beim Umzug geholfen hatte und deshalb nicht rechtzeitig aus dem Wochenende zurückkam. Einem anderen Kameraden sagte der Hauptmann der Kompanie Schrumpf ins Gesicht, er werde dafür sorgen, daß er wegen Befehlsverweigerung und Tätlichkeit gegen Vorgesetzte die zivile Höchststrafe von drei Jahren Knast bekomme. Neben Knast und Geldstrafen sind die „erzieherischen Maßnahmen" beliebte Mittel der Disziplinierung. So ist der Feierabend und das Wochenende den Soldaten nie sicher, denn oft bekommen sie zusätzlichen Dienst befohlen, weil sie den stumpfsinnigen Dienst und die menschenunwürdigen Befehle einiger Vorgesetzter nicht „nach besten Kräften, sondern nur widerwillig" ausgeführt haben.

Gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen empören sich immer mehr Soldaten. So mußten allein an einem Tag 10 Kameraden zum Sicherheitsoffizier des Kommandeurs, weil sie sich über den Hauptmann beschwert hatten. Der Kommandeur sah sich gezwungen, einige Beschwerden anzuerkennen. Gleichzeitig drohte man den Kameraden aber wegen Meuterei, weil sie Beschwerden mit gleichem Wortlaut abgegeben hatten. Gemeinschaftsbeschwerden sind sowieso verboten. **Um gegen diesen Terror der Offiziere besser kämpfen zu können, wollten die Soldaten einen neuen Vertrauensmann wählen, der im Gegensatz zum alten ihre Interessen standhaft vertreten wird. Der Hauptmann lehnte zunächst ab. Eine Unterschriftensammlung, in der sich die Mehrheit der Kameraden für eine Neuwahl aussprach, erreichte jedoch, daß in nächster Zeit eine Neuwahl stattfinden muß.**

Dieser Kampf der Soldaten hat die Offiziere in große Unruhe versetzt. Der Hauptmann hielt bereits eine Rede, in der er allen drohte, daß er ja doch am längeren Arm sitze.

Das brutale Vorgehen gegen die beiden Kameraden wegen eines Artikels im ROTEN MORGEN zeigt ihre Angst davor, daß sich die Soldaten um die Kommunisten zusammenschließen und mit ihnen für die Befreiung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen in der sozialistischen Revolution kämpfen.

Washington und Bonn wollen Verstärkung der US-Besatzertruppen

Fortsetzung von Seite 2

gegen die US-Truppen schwächen sollte und zugleich höhere finanzielle Aufwendungen für die US-Truppen propagandistisch vorbereiten sollte. Heute haben sie ihre Truppen verstärkt. Sie stehen hier, um die Interessen des US-Imperialismus sowohl gegenüber den „verbündeten" Staaten als auch gegenüber der anderen Supermacht, dem sowjetischen Sozialimperialismus zu garantieren.

Das Gerede beider Supermächte von „Frieden durch Gleichgewicht der Kräfte", „gegenseitiger Abschreckung", aber auch von gemeinsamer „Abrüstung" soll die Völker in Sicherheit wiegen, ihnen Sand in die Augen streuen. **Doch hinter all den gemeinsamen Konferenzen und Abmachungen beider Supermächte steckt nichts anderes als ihr Schachern um gegenseitige Vorteile, Versuche, sich gegenseitig übers Ohr zu hauen, über ihre Einflußgebiete zu handeln und dabei bereits die Messer zu wetzen, um die Frage der Macht und der Vorherrschaft gewaltsam zu lösen.**

Lenin schrieb: ***„daß der Imperialismus die Reichtümer der Erde in den Händen einzelner Staaten konzentriert, daß er die Erde bis zum letzten Winkel aufgeteilt hat; eine weitere Teilung, eine weitere Bereicherung ist nur noch auf Kosten anderer, auf Kosten eines Staates im Interesse eines anderen möglich. In dieser Frage eine Entscheidung herbeiführen kann man nur mit Gewalt – und deshalb wurde der Krieg zwischen den räuberischen Weltmächten unvermeidlich."***

Genauso steht die Frage heute zwischen den beiden Supermächten: Den europäischen Kontinent haben sie unter sich aufgeteilt: Die US-Imperialisten beanspruchen mit ihrem NATO-Block den Westen, die Neuen Zaren im Kreml errichteten mit ihrem Warschauer Pakt im Osten ein Völkergefängnis. Aber beide sind in ihrem imperialistischen Streben nach mehr Macht und Reichtum unersättlich. Die sich verschärfende Krise des Kapitalismus zwingt sie geradezu, ihre Konkurrenz um Privilegien und Monopole zu verstärken.

Nur wenige Kilometer stehen sich diese beiden gierigen Raubtiere in Westeuropa gegenüber – auf deutschem Boden. Sie richten ihre mörderischen Waffensysteme auf West- und Ostdeutschland, auf West- und Osteuropa, auf die Völker Europas. Nach ihrem Willen und Plan sollen die Völker Europas, soll unser Volk ihnen als Kanonenfutter dienen, soll unser Volk für ihre Macht- und Profitinteressen zerfleischen.

Und die westdeutschen Imperialisten mit ihrer Bonner Regierung und die DDR-Revisionisten mit ihrer Honecker-Clique? Sie verkaufen willig unser Volk an die jeweilige Supermacht.

Die westdeutschen Imperialisten stehen im Dienste des US-Imperialismus, sind dessen „Bastion" in der NATO, wie Schlesinger lobend gegenüber Leber hervorhob. Mit Milliarden und gewaltiger Aufrüstung stützen sie den NATO-Block – in der Hoffnung, daß für sie dabei etwas abfällt. Doch scheuen sie sich auch nicht – wie der jüngste Schmidt-Besuch in Moskau zeigte – mit den Sozialimperialisten anzubändeln, wenn es ihren Revanche-interessen dient.

Die Honeckerclique aber ist nichts weiter als das Sprachrohr ihrer Moskauer Herren, ein Vasall von Gnaden der neuen Zaren. Sie hat immer die Aggressionspläne der Sowjetrevisionisten unterstützt.

Der Frieden, den unser Volk will, hat nichts mit dem Friedensschacher der beiden Supermächte und ihrer Agenten zu tun. Ihr Frieden dient ihnen nur zur Vorbereitung des nächsten Krieges. Unser Volk will weder in dem einen noch in dem anderen Teil Deutschlands „Garanten des Friedens", die ihre Waffen auf unser Volk richten. Die werktätigen Massen in Deutschland wollen wirklichen Frieden. Wie aber dorthin gelangen? Lenin hat die Antwort gegeben: ***„Es gibt kein anderes Entrinnen aus dem imperialistischen Krieg und aus dem ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Frieden, aus der imperialistischen Welt – es gibt kein Entrinnen aus dieser Hölle als durch bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution."*** **Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland! Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus, nieder mit der Honeckerclique! Kämpft mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!**



Demonstration vor der US-Botschaft in Godesberg 1973

Vom Aufbau des Sozialismus

VIER JAHRE VOLLSTÄNDIGE ELEKTRIFIZIERUNG ALBANIENS

Vor vier Jahren, am 25. Oktober 1970, feierte das albanische Volk ein wichtiges Ereignis: den erfolgreichen Abschluß der Elektrifizierung aller Dörfer des Landes. Heute leuchtet das elektrische Licht – das Licht der Partei, wie die Leute sagen – in jedem Winkel des sozialistischen Albaniens. Dieser Erfolg wird in Albanien alljährlich mit dem Fest des Lichtes gefeiert.

Die Elektrifizierung des gesamten Landes war angesichts der grossen Bedeutung, der Beteiligung der Volksmassen bei der Durchführung, angesichts des Arbeitsumfanges und des notwendigen finanziellen und materiellen Aufwandes und angesichts großer Schwierigkeiten, die bei der Verwirklichung zu überwinden waren, ein Projekt, das bisher mit keinem anderen zu vergleichen ist.

Die Partei maß der Elektrifizierung des ganzen Landes große Bedeutung zu. Sie läßt sich dabei führen von der Erkenntnis, daß die Elektrifizierung Vorrang hat für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft. Aufgrund dessen wuchs in den letzten 15 Jahren die gesamte gesellschaftliche Produktion um das 3,5 fache, die Industrieproduktion um das 2,6 fache, die Industrieproduktion um das 3,5 fache und die Strom- und Wärmeenergie um das 6,9 fache.

Die elektrische Energie kann auf dem Lande immer breiter genutzt und angewandt werden: während der letzten neun Monate allein lag der Verbrauch fünfmal höher als die gesamte Energieproduktion vor der Befreiung des Landes. Wurden 30% des Landes innerhalb von 22 Jahren elektrifiziert, so wurden die restlichen 70% in einem Zeitraum von drei Jahren mit Strom versehen. **Dies konnte nur ein heldenhaftes Volk mit einer tiefen politischen Überzeugung erreichen, ein Volk, das von seiner revolutionären marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, wie es die Partei der Arbeit Albaniens ist.**

Das sozialistische Albanien ist damit heute eines der wenigen Länder, in dem alle Dörfer elektrifiziert sind.

KINDER MALEN ZUM JAHRESTAG DER BEFREIUNG

In Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der Befreiung des Landes und dem Sieg der Volksrevolution ist in Tirana eine nationale Ausstellung eröffnet worden, auf der Bilder gezeigt werden, die von Kindern gemalt worden sind. Die Ausstellung wurde organisiert vom Ministerium für Erziehung und Kultur und dem Zentralkomitee der Jugendorganisation der Partei. Die Ausstellung umfaßt 250 verschiedene Arbeiten von Kindern.

ANBAU VON OBST ERHEBLICH GESTEIGERT

1,7 Millionen neue Obstbäume, 260 000 Olivenbäume, 140 000 Zitrusbäume usw. wurden in diesem Herbst und Winter in Albanien gepflanzt werden. Die Zahl der Zitrusbäume in Albanien z.B., die in dieser Periode gepflanzt werden, ist doppelt so hoch wie die Gesamtzahl der Zitrusbäume, die ganz Albanien 1947 besaß. Der Ruf der Partei, die Produktion der Land- und Viehwirtschaft schnell zu steigern, beantworteten die landwirtschaftlichen Arbeiter, indem sie den Fünfjahresplan 1971 – 1975 mit der Pflanzung von sechs Millionen Obstbäumen bereits im letzten Winter erfüllten, das ist ein Jahr früher als vorgesehen.

Auszüge aus der Rede des Genossen Mehmet Shehu vor der Volksversammlung der VR. Albanien

Zur Eröffnung der 8. Legislaturperiode der albanischen Volksversammlung legte Genosse Mehmet Shehu, Präsident des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, das Programm der neuen Regierung vor. Die Auszüge, die wir im folgenden aus der Rede des Genossen Mehmet Shehu veröffentlichen, verdeutlichen nicht nur die stürmische Entwicklung des sozialistischen Aufbaus in der Volksrepublik Albanien, sondern zeigen uns auch, daß, wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Volksschichten die politische Macht erobert und die Diktatur des Proletariats errichtet hat, mit Ausbeutung und Unterdrückung auch die Krisenerscheinungen des Kapitalismus wie Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Inflation verschwinden. Die sozialistische Revolution eröffnet den werktätigen Massen den Weg, durch gemeinsame Arbeit ein besseres Leben zu schaffen. In einem hier nicht abgedruckten Teil der Rede faßte Genosse Mehmet Shehu die revolutionäre Außenpolitik der Volksrepublik Albanien, die am 29. November den 30. Jahrestag der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution feiert, zusammen.

Die 7. Legislaturperiode der Volksversammlung, die jetzt zu Ende gegangen ist, war eine Periode des Kampfes und der aufopferungsvollen Arbeit für unser Volk und unsere Partei, um die historischen Beschlüsse des 6. Parteitages durchzuführen und mit Erfolg den 5. Fünfjahresplan gemäß den Richtlinien dieses Parteitages zu erfüllen.

Im Verlauf der vierjährigen Periode, die wir jetzt untersuchen, hat sich unsere sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch weiterentwickelt, unsere Wirtschaft ist mit verhältnismäßig raschen Schritten vorangegangen und hat sich allumfassend und harmonisch entwickelt, während im kapitalistischen und revisionistischen Europa die Inflation, die Arbeitslosigkeit, das Emporschnellen der Preise und die Wirtschaftskrise wüten. Tiefgreifende Veränderungen haben sich in der Weltanschauung und im Bewußtsein unserer Menschen, der Erbauer des Sozialismus vollzogen; die marxistisch-leninistische Ideologie und Weltanschauung wurde gefestigt, große Erfolge wurden erzielt bei der Erziehung des neuen sozialistischen Menschen, der ideologische Kampf gegen die dem Sozialismus fremden Einflüsse und Meinungen wurde vertieft, indem unter Führung der Partei der Klassenkampf gegen Liberalismus, Bürokratismus, Konservativismus, rückschrittliche Sitten und die Religion weiterentwickelt wurde, indem mit dem eisernen marxistisch-leninistischen Kehrbesen der Partei die Fehler und Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie gesäubert wurden.

Während dieser Periode hat unser Land wichtige Fortschritte gemacht auf dem Wege der schrittweisen Umwandlung in ein Industrie-Agrarland mit stabiler Wirtschaft und es hat sich auf harmonische Weise und in allen Bereichen weiterentwickelt.

Denken wir daran, daß die gesellschaftliche Produktion im Lauf der ersten vier Jahre 1971 – 1974 jährlich im Durchschnitt um etwa 7,6% steigt. Diese Steigerung ist das Ergebnis der besseren Ausnutzung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren und der richtigen Abstimmung der intensiven und extensiven Methoden und Wege in unserer wirtschaftlichen Entwicklung, in der man von Jahr zu Jahr die Überlegenheit der intensiven Faktoren der Entwicklung erkennt, wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Verbesserung der Qualität und die Erhöhung der Produktion, die systematische Senkung der Herstellungskosten, die unaufhörliche Steigerung der Produktionsleistung usw.

Die sozialistische Industrialisierung des Landes ist rascher vorangeschritten. Die industrielle Produktion ist angewachsen und ihre Struktur hat sich verbessert. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Aufbau von mächtigen Industriewerken gewidmet, wie dem Komplex der Eisenverhüttung, dem Werk für die Weiterverarbeitung von Erdöl, der großen Wasserkraftwerk-Zentrale in Fierza, anderen Werken der mechanischen, chemischen und anderen Industrien, bei deren Verwirklichung wir für die große Hilfe danken, die die Volksrepublik China unserem Land in selbstloser und internationalistischer Weise gab und weiterhin gibt. (...) Der Plan der gesamten Industrie während der ersten vier Jahre des laufenden Fünfjahresplanes ist z. Z. um 101 % verwirklicht, bei einer Steigerung von 44% gegenüber 1970 und einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 9,5 %.

Dank der schnellen Entwicklung, die die Hauptzweige der Industrie Bergbau, Öl und elektrische Energie genommen haben, hatte Albanien, obwohl es ein kleines Land ist, das den Weg der industriellen Entwicklung erst in den Jahren der Volksmacht beschritt, Erfolg bei der Deckung seiner eigenen wachsenden Bedürfnisse an Erdöl, Brennstoffen und elektrischer Energie. Die Leichtindustrie und die Nahrungsmittelindustrie befriedigen heute etwa 82% der Bedürfnisse der Bevölkerung an Artikeln des täglichen Bedarfs usw, während die kapitalistischen und revisionistischen Länder eine große Energiekrise durchlaufen, die, zusammen mit der Finanzkrise, ihr wirtschaftliches und soziales System bis in die Grundfesten erschüttert.

Die erzielten Resultate im Bereich der sozialistischen Industrialisierung haben die führende Rolle der Industrie und der Arbeiterklasse beim sozialistischen Aufbau und im gesamten Leben des Landes noch erhöht. Sie haben die wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Vaterlandes verstärkt, sie haben seine Verteidigungsmöglichkeiten verstärkt und gleichzeitig große Aussichten auf die Zukunft eröffnet.

Die Partei und die Regierung haben der Entwicklung der Landwirtschaft immer besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Während der ersten vier Jahre des laufenden Fünfjahresplanes ist die Landwirtschaft einen großen Schritt vorangekommen auf dem Weg ihrer Intensivierung und Modernisierung. Das sozialistische System unserer Landwirtschaft hat sich im allgemeinen gestärkt; die landwirtschaftlichen Betriebe werden mächtige Betriebe der modernen sozialistischen Produktion und steigern von Jahr zu Jahr die Erträge an Ackerbau- und Viehzuchtprodukten.

Im Vergleich zu 1970 beträgt 1974 die vorgesehene Steigerung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion 26% bei einer jährlichen Steigerungsrate von 5,9%, die etwa zweieinhalbmal mehr gestiegen ist als der durchschnittliche Zuwachs der Bevölkerung. Die Getreideproduktion stieg um 8%. Das ist ein großer Erfolg unserer Landwirtschaft im Kampf für die Verwirklichung der großen Ziele, die die Partei gesteckt hat, um das Brot für das Volk zu sichern.

Eine befriedigende Entwicklung nahmen während dieses Zeitraums die hauptsächlichen Produkte der Viehzucht, vor allem Milch und Eier, die beachtlich um 37% und um 59% anstiegen, während sich die Produktion von Gemüse um 39% erhöhte usw.

Für die ununterbrochene Entwicklung der Landwirtschaft hat der Staat während dieser Zeit große Summen investiert, vor allem für die Entwicklung der Landwirtschaft in den Berggebieten. Alle diese Maßnahmen, die für die vielseitige Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft ergriffen wurden, haben zur direkten Verbesserung des Lebens für die in Kooperativen zusammengeschlossene Bauernschaft, für die weitere Entwicklung unserer sozialistischen Landgebiete beigetragen.



Genosse Mehmet Shehu, Präsident des Ministerrates, wird herzlich von der Bevölkerung begrüßt.

(...) Es ist beabsichtigt, das Bauvolumen während der vier Jahre des 5. Fünfjahresplanes um 192% zu verwirklichen, bei einer Steigerung von 60% gegenüber dem realisierten Bauvolumen während der gleichen Zeit des letzten Fünfjahresplanes. Dutzende von Fabriken und Werken und hunderte von Kombinaten und Werkstätten wurden erbaut und für die Produktion bereitgestellt. Neben den Industriebauten wurden ebenso großartige Bauwerke im sozio-kulturellen Bereich errichtet. Allein der Bau von Wohnungen mit staatlichen Zuschüssen während dieser vier Jahre ist 24 % größer als während der gesamten fünf Jahre des vergangenen Fünfjahresplanes.

Wichtige Erfolge sind ebenso in der Entwicklung sämtlicher Bereiche des Transportwesens und im Bereich des Handels zu verzeichnen. Die Planziele für den Export wurden während dieser vier Jahre zu etwa 101 % verwirklicht oder um 66 % mehr als während der gleichen Periode des vergangenen Fünfjahresplanes.

Während dieser Berichtsperiode wurde unsere ideologische Revolution im Bereich der Erziehung und Kultur weiterentwickelt und vertieft. Die Rolle der Schule, unserer sozialistischen Kunst und Kultur in der gesunden Erziehung der Jugend und des Volkes gewinnt täglich mehr an Bedeutung.

Der Staat hat große Summen ausgegeben für die Verwirklichung der kostenlosen medizinischen Versorgung, für die soziale Sicherheit, die besonders auf dem Land ausgeweitet wurden, für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Erholung für die Arbeiter, ebenso wie für die Befriedigung der erzieherischen und sozio-kulturellen Bedürfnisse der werktätigen Massen.

Als Folge der beschleunigten Entwicklung der sozialistischen Produktion wurde die Erhöhung der Teilnahme an der Arbeit und ihrer Produktivität, der Stabilität der Preise und der Steigerung der sozialen Konsumptionsfonds usw., des materiellen Wohlergehens und des kulturellen Niveaus der Massen in Stadt und Land erreicht in einer Zeit, wo in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern die Preise für Waren des täglichen Bedarfs und die Lebenshaltungskosten ständig steigen.

Das Nationaleinkommen stieg 1974 im Verhältnis zu 1970 um 33 %, während der Reallohn der Arbeiter und der Angestellten um 9,4 % steigt und das Realeinkommen der genossenschaftlichen Bauernschaft um 13,4 %. Die Ladenpreise sind bei uns, wie gesagt, niemals gestiegen, trotz der sehr großen Preissteigerungen zahlreicher Rohstoffe und Hilfsmittel, die wir von kapitalistischen und revisionistischen Märkten einführen müssen.

Das ist ein großer Erfolg der richtigen Wirtschaftspolitik unserer Partei und unseres Staates, der gleichzeitig die Überlegenheit unseres sozialistischen Systems über das kapitalistische System zeigt, das sich im Verfall befindet.

Während der 4 Jahre der 7. Legislaturperiode hat die albanische Regierung Aktivitäten an einer wichtigen Front entfaltet, um auf revolutionäre Weise die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu verbessern, um ihren sozialistischen Charakter zu bewahren und zu vertiefen, damit sie immer mehr eine aktive Rolle bei der sozialistischen Erziehung spielen und um allen Gefahren ihrer Zersetzung durch kapitalistische und revisionistische Verhältnisse den Weg zu versperren.

Ebenso hat unsere Regierung einer anderen wichtigen Front ihre besondere Sorge gewidmet, der weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, sowie den Verteilungsverhältnissen. Diesbezüglich wird und wurde immer das sozialistische Prinzip der Verteilung nach der Leistung angewendet, ohne große Unterschiede zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen zuzulassen, um bei der Entlohnung der Arbeit für möglichst gerechte Verhältnisse zu sorgen. Die moralischen Anreize werden in erster Linie propagiert, sie haben Vorrang gegenüber den materiellen Anreizen, im Gegensatz zu dem, was in den revisionistischen Ländern praktiziert wird, die das materielle Interesse verabsolutieren und mit den auftretenden Einkommensunterschieden den Weg dafür bereiten, daß zum Nachteil der arbeitenden Massen und zum Vorteil der unterdrückenden und ausbeutenden Klassen dieser Länder das Gesetz des Wertes und des Profits wirkt.

Wichtige Maßnahmen sind ergriffen worden, um die Leitung der Volkswirtschaft auf der Grundlage des gerechten Prinzips des demokratischen Zentralismus zu stärken.

Gestützt auf die Erfahrungen der Partei und des Genossen Enver Hoxha hat die Regierung während dieser Periode wirksame Maßnahmen zur Stärkung unserer Armee und der Verteidigungsfähigkeit des Vaterlandes ergriffen. Die Volksarmee und das ganze bewaffnete und militärisch organisierte Volk sind wachsam, militärisch darauf vorbereitet, das Vaterland gegen jede mögliche Aggression zu verteidigen.

Unsere Regierung hat auch während dieser Periode eine revolutionäre Außenpolitik verfolgt, indem sie einen bestimmten und prinzipienfesten Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker, der Revolution und zur Verteidigung des wirklichen Friedens führte. Dieser Kampf hat das Ansehen des sozialistischen Albaniens in der ganzen Welt sehr gehoben und hat mit jedem Tag mehr die Verbindungen und die revolutionäre Solidarität mit den befreundeten Völkern und mit allen revolutionären und von der Freiheit ergriffenen Völkern gestärkt. In dem gemeinsamen Kampf für den Aufbau des Sozialismus, für die Verteidigung und Weiterführung der Revolution und für die Entlarvung und Zerschlagung der aggressiven Pläne der amerikanischen Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten wurde die große und unbesiegbare Freundschaft mit dem großen chinesischen Volk, die auf den unauslöschlichen Prinzipien des proletarischen Internationalismus begründet ist, zementiert und vertieft.

Die in allen Bereichen des sozialistischen Aufbaus errungenen Siege zeigen, daß selbst ein kleines Volk wie das albanische den Sozialismus mit Erfolg aufbauen, sich im Herzen des kapitalistischen und revisionistischen Europas gegen alle Schwierigkeiten, die aus der Einkreisung und den Blockaden erwachsen, verteidigen und ihnen mutig gegenübertreten kann, wenn es durch eine marxistisch-leninistische Partei wie unsere Partei der Arbeit geführt wird, wenn es für eine gerechte Sache kämpft und wenn es entschlossen ist, das Vaterland und die errungenen Siege bis zum Schluß zu verteidigen.

(...) Die neue Regierung, betonte Genosse Mehmet Shehu, wird sich in ihrer ganzen Aktivität sowohl im Bereich der Innenpolitik als auch im außenpolitischen Bereich von der marxistisch-leninistischen Generallinie der Partei der Arbeit leiten lassen und wird mit all ihren Kräften daran arbeiten, das Programm der Partei für den vollständigen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und die Verteidigung unseres sozialistischen Vaterlandes in die Tat umzusetzen.

Im Bereich der Innenpolitik beabsichtigt die Regierung über die ununterbrochene Entwicklung der Produktivkräfte eine weitere Festigung der Wirtschaft und der anderen Sektoren, besonders der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, zu sichern, um auf dieser Grundlage eine weitere Verbesserung des Lebensstandardes der werktätigen Massen zu erreichen und die Verteidigungsmöglichkeiten des Vaterlandes zu steigern.

ZUM 6. FÜNFJAHRESPLAN (1976-80)

Das Zentralkomitee der Partei und die Regierung haben in grundsätzlichen Zügen die wichtigsten Planziele, die im 6. Fünfjahresplan erreicht werden sollen, festgelegt, Planziele, die übrigens von den arbeitenden Massen diskutiert und ausgearbeitet werden.

Bei der Arbeit zur Festlegung der Aufgaben des neuen Fünfjahresplans werden wir durch die Lehren der Partei geführt, an die erste Stelle des Plans die hohen politischen und ideologischen Interessen, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und die Verteidigung des Vaterlandes zu setzen. Dabei das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, weiter zu vertiefen, umfassend und möglichst rationell die Rohstoffquellen, die geschaffene materiell-technische Basis, die Produktionskapazitäten der Maschinen, die existierenden Ausrüstungen, die materiellen und finanziellen Werte des Landes zu nützen.

Genosse Mehmet Shehu sagte ferner, daß die Entwicklung und Vertiefung der sozialistischen Industrialisierung des Landes, die allseitige Intensivierung der Landwirtschaft, die weiter vorangetriebene Entwicklung im Bau- und Transportwesen, die Warenzirkulation, die soziokulturellen Bereiche, Forschung, Kultur, Gesundheit und kommunale Dienste Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit im neuen Fünfjahresplan sein werden.

Wie immer wird auch bei der Bewältigung der großen Aufgaben des nächsten Plans der innere Faktor bestimmend sein: die richtige Führung durch die Partei, die aufopferungsvolle Arbeit der Arbeiterklasse und der genossenschaftlich organisierten Bauernschaft, der Volksintelligenz, ihr Schwung und ihr revolutionärer Geist, die schöpferischen Initiativen und der sozialistische Wettbewerb, unser wirtschaftliches Potential und unsere inneren Kapazitäten.

Während wir so an dem Prinzip sich auf die eigenen Kräfte zu stützen festhalten und dieses Prinzip zur Grundlage unserer ganzen Arbeit für den Aufbau des Sozialismus machen, wird dem albanischen Volk sicher uneigennützig wie immer auch beim nächsten Fünfjahresplan von der Volksrepublik China geholfen werden. Das albanische Volk wird dem großen chinesischen Volk, der Volksrepublik China, der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas und dem großen Marxisten-Leninisten, dem Vorsitzenden Mao Tsetung, dem teuersten Freund des albanischen Volkes, für die großzügige, brüderliche und zutiefst internationalistische Hilfe, die sie unserem Land gegeben haben und geben, immer dankbar sein.

Nach der ausführlichen Behandlung der Aufgaben, die sich für die verschiedenen Sektoren ergeben, wies Genosse Mehmet Shehu darauf hin, daß – gemäß der Lehre der Partei und der Anweisung des Genossen Enver Hoxha – die wichtigste aller Aufgaben die fortgesetzte Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes ist, die sich auf den Methoden des Volkskrieges gründet, Methoden, die es sogar einem kleinen Land wie dem unseren ermöglichen, daß es auch gegen einen an Menschen und militärischer Ausrüstung vielfach überlegenen Feind auf dem Schlachtfeld mit Erfolg Widerstand leisten und siegen kann. Das albanische Volk lebt, arbeitet und baut den Sozialismus auf unter den Bedingungen der Einkreisung und der doppelten Blockade. Die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten haben die Gewehrläufe auf uns gerichtet. Die Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, damit unsere Armee wie stets sauber bleibt, ideologisch bis zum letzten der Linie der Partei und den Interessen des Volkes treu, bereit das Vaterland gegen jede Gefahr und gegen jeden Angriff zu verteidigen. Die albanische Armee ist eine Volksarmee, geboren aus dem Schoß des Volkes; in Albanien ist das ganze Volk Soldat der Revolution und die Partei kommandiert das Gewehr und das Gewehr kommandiert nicht die Partei. Das ist der Grund, warum unsere Verteidigung unbezwingbar ist; das ist der Grund, warum es keine aggressiven Pakte und Verträge gibt, die das sozialistische Albanien militärisch vernichten können.

Prozeß gegen Ernst Aust und Gernot Schubert

Fortsetzung von Seite 1

Macht zwischen einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit, ist nicht neu. Alle Revisionisten und Opportunisten haben auf diese Weise versucht, den grundlegenden Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft, den Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zu verwischen. **Lenin sagte dazu: „Argumentiert man (in dieser Frage — RM) als Marxist, so muß man sagen: Die Ausbeuter verwandeln den Staat (und die Rede ist von der Demokratie, das heißt von einer Staatsform) unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Darum wird auch der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für die Ausbeuter sein."** Und eine Diktatur über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen, muß man ergänzen. Den Staat gibt es erst, seit es Klassen gibt, die sich unversöhnlich gegenüberstehen und es wird ihn geben, solange es Klassen gibt. **„Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv nicht versöhnt werden können." (Lenin)** Und in allen Geschichtsepochen, ob in der Sklavenhaltergesellschaft, dem Feudalismus oder dem Kapitalismus, war der Staat das Mittel der herrschenden Klasse, die anderen Klassen zu unterdrücken und ihre Macht über sie zu behaupten. Die entscheidenden Organe des Staates waren und sind deshalb die Polizei und die Armee, die zu allen Zeiten eingesetzt wurden, um revolutionäre Erhebungen der Massen in Blut zu ersticken.

Was in diesem Zusammenhang die bürgerlichen Parlamente angeht, so sagt Lenin dazu: „Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis hin zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen u.a.: die eigentlichen „Staats"geschäfte (im Auftrag des Kapitals) werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das „niedere Volk" hinters Licht zu führen."

Die Revisionisten vertuschen diesen Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie, um die Arbeiterklasse vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten, von der Schlußfolgerung, die Karl Marx zog: **„daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist, nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne die Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt..."**

Obwohl die D„K"P sich nicht genug auf Marx, Engels und Lenin berufen kann, hat sie ihre Lehren verraten und ist in Wirklichkeit eine konterrevolutionäre Kraft. Man kann die Stimme ihres Herrn nicht überhören, wenn man als Ergebnis der Gründungsgespräche in Heinemanns Büro in ihren Thesen liest, daß man bei uns heute den Sozialismus auf friedlichem Wege erreichen könne, ausdrücklich bekräftigt mit der Versicherung, ein Bürgerkrieg zu diesem Zweck sei absolut unnötig. Solche Behauptungen aber stehen nicht nur im Widerspruch zum Marxismus-Leninismus, sie sprechen nicht nur den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung der jüngsten Zeit, zum Beispiel in Chile, Hohn, sondern zeigen auch, wie der „Sozialismus" aussehen wird, den die D„K"P über die Parlamentssitze erreichen will: **Es wird ein „Sozialismus" sein mit der alten, der kapitalistischen Armee, der alten, der kapitalistischen Polizei und dem alten Beamtenapparat. Auf einen solchen „Sozialismus" mit dem Revisionismus an der Macht, wie ihn die deutsche Arbeiterklasse bereits zu Zeiten Noskes zu spüren bekam, wie ihn heute unsere Klassenbrüder in der DDR erleben, können wir allerdings verzichten.**

Ein wirklicher Sozialismus aber, wie er in China und Albanien erkämpft worden ist, läßt sich nur auf dem Weg der bewaffneten, sozialistischen Revolution erreichen, auf dem die KPD/ML seit ihrer Gründung unermüdlich kämpft. **„Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das bürgerliche Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes."**

Wenn in Hamburg jetzt dem Vorsitzenden der KPD/ML und dem Verleger des ROTEN MORGEN der Prozeß gemacht werden soll, dann nicht, weil die Bourgeoisie „beschimpft" oder „böswillig verächtlich gemacht" wurde. Der ROTE MORGEN hat das Parlament nicht schlechter gemacht, als es eben ist. **Es kommt für die Kapitalistenklasse vielmehr darauf an, ihre heilige Kuh, den Parlamentarismus, gegen die Wahrheit, die Wahrheit des Marxismus-Leninismus zu verteidigen und so auch ihr Schoßkind, die modernen Revisionisten, zu beschützen. Für die Partei ist es deshalb keine Frage, daß sie diesen Prozeß als Tribüne benutzen wird, um den parlamentarischen Schwindel, den revisionistischen Verrat an der proletarischen Revolution zu entlarven und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution zu propagieren.**

FREISPRUCH FÜR DIE GENOSSEN ERNST AUST UND GERNOT SCHUBERT!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
ES LEBE DIE PROLETARISCHE REVOLUTION!
FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

München
Staatsanwalt bedroht Zeuge mit Gefängnis

In München stand ein Genosse wegen Landfriedensbruch vor Gericht. Die Anklage bezog sich auf einen Vorfall bei einem Prozeß gegen den Genossen Klaus Kercher, der im Februar dieses Jahres in München stattfand. Damals hatten die Zuschauer während einer Verhandlungspause auf dem Flur des Gerichtsgebäudes revolutionäre Arbeiterlieder angestimmt. Der Justizapparat erklärte sofort, daß das „Hausfriedensbruch" sei. Die Genossen verließen das Gerichtsgebäude. Als sie nach einer Stunde zum Verhandlungsbeginn wieder erschienen, wurden sie festgenommen. Unter den Festgenommenen befand sich auch der jetzt angeklagte Genosse.

Der Genosse brachte einen Zeugen bei, der bestätigte, daß der Genosse zum Zeitpunkt des Singens gar nicht im Gerichtsgebäude war, sondern sich gemeinsam mit ihm außerhalb des Gerichtsgebäudes aufgehalten hatte. Aufgrund dieser Zeugenaussage mußte der Genosse freigesprochen werden. Nach der Urteilsverkündung ließ Staatsanwalt Wahl, der u. a. auch den geplanten Schreibtischmord an dem Rotgardisten Sascha Haschemi betreibt, den Zeugen wegen Meineidverdachts festnehmen. Der Genosse wurde bis 22.00 Uhr im Münchner Polizeipräsidium festgehalten und u. a. erkennungsdienstlich behandelt.

Das ist eine erneute Verschärfung bei dem Versuch der bürgerlichen Klassenjustiz, jede Verteidigung von Kommunisten und anderen Revolutionären vor Gericht unmöglich zu machen. Neben der systematischen Kriminalisierung fortschrittlicher Rechtsanwälte werden nun Zeugen, die es wagen, für den Angeklagten günstige Tatsachen auszusagen, mit Gefängnis bedroht.

Kölner Antifaschistenprozeß: Terrorurteile weil Ansteckungsgefahr für die Bevölkerung besteht

„Die Konzentrationslager waren ganz richtig!" — „Wenn Arbeiter streiken, soll die Polizei sie an die Arbeit knüppeln!" So hetzte die NPD im vorigen November im Kölner Stadtteil Nippes. Kann man als Arbeiter, als Kommunist da ruhig danebenstehen, wenn solche Propaganda, wie hier von der NPD, verbreitet wird? Die Faschisten bekamen die Faust von Antifaschisten und Kommunisten und den handgreiflichen Zorn der Bevölkerung zu spüren.

Damals knüppelte die Polizei auf die Antifaschisten und Kommunisten ein, nahm 7 fest. Jetzt, fast genau ein Jahr später, wurden sie zu 3 bis 7 1/2 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Begründung: Die Angeklagten hätten sich zur Anwendung von Gewalt gegen den Faschismus bekannt. Sie hätten die Faschisten angegriffen und das am hellichten Tag und unter den Augen der Polizei. Das dürfe dieser Staat nicht dulden! Gewaltsame Auseinandersetzungen würden zunehmen. Es bestehe „Ansteckungsgefahr" für die Bevölkerung!

Gegen den revolutionären Kampf gegen den Faschismus, gegen den Kampf für die sozialistische Revolution sollte in diesem Prozeß ein Exempel statuiert werden:

Als die Angeklagten am 25. Oktober zu Ehren der vor genau 30 Jahren in Köln-Ehrenfeld ermordeten Antifaschisten mit erhobener Faust eine Gedenkminute abhalten wollen, heißt es: 18 Tage Ordnungsstrafe wegen Beleidigung des Gerichts. Wenn die Angeklagten während des Prozesses ihre kommunistische Gesinnung vertreten, drohen Richter und Staatsanwalt: darauf kommen wir noch zurück. Als die Angeklagten am Tag vor der Urteilsverkündung ihre Meinung als Kommunisten zu diesem Prozeß sagen, da hat der Richter längst die Zuschauer aus dem Saal prügeln lassen und die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Sogar eine Kundgebung der KPD/ML an diesem Tag in der Stadt wird von der Polizei überfallen. Als ein angeklagter Genosse in seinem Schlußwort aus der Rede des Genossen Ernst Aust zitiert, wo die große Koalition in Bonn mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze die gesetzlichen Grundlagen für die erneute Errichtung einer offenen faschistischen Diktatur schaffte um die Herrschaft der Kapitalistenklasse gegen einen revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse zu schützen, da wird ihm das Wort verboten.

In einem Flugblatt der Ortsgruppe der KPD/ML in Köln nach dem Plädoyer des Staatsanwalts heißt es unter anderem:

„Das erinnert an Freisler-Methoden!"

So drückt es eine ältere Kollegin aus, die auf der Zuschauerbank im Gerichtssaal diesen Terror erlebte. Zwei Arbeiter, zwei Lehrlinge, zwei Studenten, ein Realschüler, sie sollen hier exemplarisch fertiggemacht werden. Du denkst, du kannst dir vor Gericht deine Verteidiger wählen. Nein! Den Antifaschisten wurden von der Justiz Rechtsanwälte aufgezwungen. Die Angeklagten sagen, sie hätten kein Vertrauen zu ihnen. „Das ist unerheblich", bestimmt das Gericht. Du denkst, die Antifaschisten könnten, nachdem der Staatsanwalt 12 NPD-Faschisten und 36 Polizisten als „Zeugen" auftreten ließ, auch einmal eine Frau, die im KZ saß, als Zeugin gegen den Faschismus sprechen lassen. Nein! Das „bringt nichts zur Sache", sagt das Gericht! Und empören sich daraufhin Zuschauer, dann geht es ab nach Ossendorf! 129 Tage Ordnungsstrafe für Zuschauer und Angeklagte hat dieser Richter schon ausgesprochen. Doch die ersehnte Friedhofsruhe hat er nicht erreicht. Immer mehr fragen sich:

„Im Namen des Volkes"?

Ein Hohn, eine abscheuliche Lüge ist es, wenn diese Justiz angibt, Recht „im Namen des Volkes" zu sprechen. Das Gericht hat offen gezeigt, was es vom Volk hält, was es von Antifaschisten hält. Der Richter lud einen Psychiater von der Irrenanstalt in Bonn. „Dumpf aggressiv" wären die beiden angeklagten Arbeiter. Sie würden „in einfachen Strukturen denken", sie würden die Schuld dafür, daß sie nicht hochgekommen wären, in der Umwelt suchen.

So ist das. Wenn du sagst, im Kapitalismus schuftet der Arbeiter für den Profit der Kapitalisten, dann „suchst du die Schuld für dein eigenes Versagen in der Umwelt". Wenn du sagst, es gibt einen ständigen Kampf zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse, dann „denkst du in einfachen Strukturen". Und wenn du dann noch sagst, es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse die Macht der Kapitalistenklasse stürzen muß, um zu einem anständigen Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kommen, dann bist du „dumpf aggressiv".

Hier spricht die herrschende Klasse Recht!

Als Kapitalist kann man zig Millionen Steuern hinterziehen, kann man die Umwelt verseuchen, kann man mit Medikamenten Menschen vergiften, kann man Mieter wucherisch ausbeuten. Verbrecher dieser Sorte kommen, wenn sie vielleicht einmal vor Gericht stehen, in der Regel mit geringen Geldstrafen davon. Oder sie werden freigesprochen. Steht aber ein Arbeiter vor der Klassenjustiz, dann wird er fertig gemacht. „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen." Das ist Paragraph 1 dieser kapitalistischen Klassenjustiz!

Massenmörder wie der jetzige Polizeikommissar Riedel werden freigesprochen, weil „die Vergasung von 7 russischen Freiheitskämpfern im II. Weltkrieg nicht grausam" wäre. Antifaschistische Genossen sollen für Monate ins Gefängnis.

Gefängnis und Terror sollen diese Genossen, aber auch jeden anderen, einschüchtern, davon abhalten, wie sie gegen die offenen Faschisten, gegen die Klassenjustiz und den Kapitalismus zu kämpfen. Aber bereits während des Prozesses zeigte sich, daß die Bourgeoisie das Gegenteil erreichte. Selbst Richter Somoskeoy mußte zugeben: „Sie haben wohl Erfolg mit ihrer Propaganda gehabt. Ich sehe schon wieder neue Gesichter im Saal."

Massenmörder soll straffrei bleiben

Dr. Struve aus Hamburg ist ein Mörder, ein Massenmörder. Aber während die bürgerliche Presse sonst, zum Beispiel beim Ihns-Prozeß, alle Register zieht, um die Angeklagten als Bestien erscheinen zu lassen, findet sie hier warme Worte für den „armen, alten Angeklagten", der durch seine Taten „seelisch völlig gebrochen" ist. Während gerade in Köln sieben Antifaschisten und Kommunisten zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, weil sie sich zur revolutionären Gewalt gegen den Faschismus bekennen, wird der Prozeß gegen den jetzt 72-jährigen Struve, der als Stellvertreter des NS-Gesundheitssenators Ofterdinger fast 600 Kinder und Geisteskranke ermorden ließ, bereits nach drei kurzen Verhandlungstagen „vertagt".



Bereits 1949 wurden die Verbrechen Struves in Zusammenhang mit einem Prozeß gegen Ärzte aus dem Kinderkrankenhaus Rothenburgsort erwähnt. Aber die westdeutschen Imperialisten und die Besatzungsmächte dachten nicht daran, ihn zu verurteilen. Solche skrupellosen Verbrecher wie er wurden im westdeutschen kapitalistischen Staat zur Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen gebraucht. **Statt ins Zuchthaus zu wandern, wurde der Mörder Struve Senatsdirektor in Hamburg.** Obwohl er dort 1966 entlassen wurde, kassierte er bis vor einem Jahr weiter aus einem „Beratervertrag" bei einer großen Hamburger Baugesellschaft. Jetzt schließlich, nachdem 1968 mit den Ermittlungen gegen ihn begonnen wurde, wird der Prozeß gegen den inzwischen 72-jährigen Struve eröffnet und — vertagt.

Sowohl vom Gericht als von der Presse wird der Prozeß zu einer Riesenschau aufgezogen, um Mitleid mit diesem faschistischen Verbrecher zu wecken. **Über die Opfer, ermordete Kinder und Kranke, wird kaum ein Wort verloren. Dafür jammert die Presse im Chor zu den Weinkrämpfen, die Struve jedesmal veranstaltet, sobald er auf seine Verbrechen angesprochen wird.** Sein Anwalt: „Ich halte es für menschenunwürdig, einen Prozeß gegen einen Mann durchzuführen, der sich aus medizinischen Gründen nicht mehr verteidigen kann."

Für einen Mann mit den Beziehungen Struves ist es auch kein Problem, ein medizinisches Gutachten zu bekommen, das solche Lügen „wissenschaftlich" untermauert. So zitiert das „Hamburger Abendblatt" einen Arzt: „Ich habe jetzt Zweifel, ob es Dr. Struve überhaupt noch möglich ist, komplizierte Gedankengänge zu erfassen. Die Last, die auf ihm liegt, übersteigt sein Vermögen. Ich sehe keine Chance mehr, hier eine sinnvolle Vernehmung durchführen zu können."

Und wie nicht anders zu erwarten, vertagte daraufhin das Gericht den Prozeß, bis Dr. Struve in der Lage ist, ihn durchzustehen — und das wird voraussichtlich am St. Nimmerleinstag sein.

Dieser ganze sogenannte Prozeß war nichts anderes als ein abgekartetes Spiel, um den Werktätigen „Gerechtigkeit" und „Demokratie" vorzutäuschen. Das Urteil stand von vorneherein fest. Denn die Gerichte in diesem Staat sind nicht dazu da, die „Wahrheit zu finden", es sind Gerichte im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse. Diese Klassengerichte sind darum auch nicht gegen „Gewalt an sich", wie die Richter und Staatsanwälte immer behaupten. Verurteilt wird allein die revolutionäre Gewalt des Volkes. Wer gewaltsam fast 600 Kinder und Kranke töten läßt wie Struve, wer Werktätige erschießt oder verprügelt wie die Polizei in diesem kapitalistischen Staat, der kann der Milde des bürgerlichen Klassengerichtes sicher sein.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Gemeinsame Erklärung der KPD/ML und der MLPN

Im Oktober 1974 trafen sich Vertreter der Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande an einem Ort in den Niederlanden.



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Damit gaben beide Seiten dem Wunsch nach engerem internationalen Kontakt zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien Ausdruck. Es ist beschlossen worden, diesen zweiseitigen Kontakt zu fördern, um so zu einer schrittweisen engeren Verbindung der wahren marxistisch-leninistischen Parteien der Welt zu kommen.

Es wurde festgestellt, daß die Fragen, denen die beiden Parteien gegenüberstehen, viel Ähnlichkeit aufweisen. Beide Länder befinden sich in der höchsten Stufe der kapitalistischen Entwicklung. In beiden Ländern ist die Bourgeoisie gezwungen, ihren Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismus zu verfeinern und zu vervollkommnen, in dem Bestreben, der wachsenden revolutionären Kraft der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten Herr zu werden. In beiden Ländern wächst der Terror der bürgerlichen Justiz, der Polizei und der sogenannten Sicherheitsdienste. Er richtet sich vor allem gegen die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen und der Intellektuellen mit den Marxisten-Leninisten an der Spitze.

In beiden Ländern zeigt sich die Morschheit des kapitalistischen Systems in allen gesellschaftlichen Fragen, wie in der zunehmenden Arbeitslosigkeit, in der Ausbeutung der Fremdarbeiter, der Inflation, der Umweltverschmutzung und den Fragen des Schul- und Kulturwesens.

In beiden Ländern gibt es aber auch Probleme von spezifisch nationaler Art, die zeigen, daß der Marxismus-Leninismus auf die konkrete Situation jedes einzelnen Landes angewendet werden muß.

Was die Niederlande betrifft, so gibt es dort u.a. die Probleme bezüglich der dort wohnenden nationalen Minderheiten, die eine Folge eines noch immer andauernden Kolonialverhältnisses zwischen den Niederlanden und den Gebietsteilen Surinams und der Antillen ist. Was Deutschland betrifft, so denkt man an die fortwährende Teilung des Landes als Folge des Kampfes der westlichen Imperialisten, mit den US-Imperialisten an der Spitze, und den sowjetischen Sozialimperialisten um die Welthegemonie.

Die MLPN stellt sich ganz hinter die deutschen Genossen im Kampf um die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands, für nationale Unabhängigkeit und die Entfernung aller fremden Truppen aus ganz Deutschland.

Die KPD/ML unterstützt die MLPN in deren Kampf für die nationale Unabhängigkeit der Gebietsteile Surinams und der Antillen, wobei holländischerseits die volle Verantwortlichkeit für die Beschaffung aller für eine rasche wirtschaftliche Entwicklung und die Erfüllung der Forderung der nationalen Unabhängigkeit notwendigen Mittel übernommen wird.

Während der Erörterungen folgerten die beiden Parteien, daß das kapitalistische System vollständig vernichtet werden muß, was nur durch die bewaffnete Revolution des Proletariats und seiner Verbündeten unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei möglich ist.

Beide Seiten verurteilen entschieden den modernen Revisionismus in allen seinen Schattierungen, der die Arbeiterklasse durch die Verbreitung der Illusionen über einen friedlichen Weg zum Sozialismus von der gewaltsamen proletarischen Revolution abhalten will und sie für immer an das kapitalistische Ausbeutersystem fesseln möchte. Beide Seiten sehen im modernen Revisionismus den Hauptfeind in der Arbeiterbewegung.

Beide Seiten verurteilen auch alle anderen opportunistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, alle Formen des Trotzkismus, des Anarchismus und des Abenteurertums.

Beide Teile verurteilen mit aller Schärfe den sowjetischen Sozialimperialismus, der den Revisionismus Chruschtschows fortsetzt, im Innern den Kapitalismus wiederhergestellt und eine faschistische Diktatur von der Art Hitlers errichtet hat und nach außen die hegemonistische, aggressive und chauvinistische Politik einer Supermacht verfolgt.

Der von den Revisionisten proklamierte „Staat des ganzen Volkes" ist nichts anderes als eine Verschleierung für die Diktatur der neuen sowjetischen Bourgeoisie. Die sowjetischen Revisionisten haben die Wiederherstellung der Diktatur der Bourgeoisie neuer Prägung in den ehemaligen volksdemokratischen Ländern gefördert. Sie behandeln diese Länder als ihre Halbkolonien und halten die Völker dieser Länder mit ihren Truppen unter Druck.

Beide Parteien verurteilen die internationalen Konferenzen der revisionistischen Parteien, die die hegemonistische Rolle der sowjetischen Revisionisten festigen soll und gegen die Partei der Arbeit Albaniens und die Kommunistische Partei Chinas und die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung gerichtet ist.

Beide Teile verurteilen die Politik der sowjetischen Sozialimperialisten, die unter dem Deckmantel von „Frieden" und „Entspannung" mit dem US-Imperialismus um die Welthegemonie ringen.

Beide Parteien unterstützen vorbehaltslos die Politik der Partei der Arbeit Albaniens und der Kommunistischen Partei Chinas. Beide Parteien verteidigen die Souveränität ihrer Länder und leisten einen hervorragenden Beitrag zur Befreiung der Arbeiterklasse aller Länder. Beide Seiten stellen mit aller Aufrichtigkeit fest, daß die KPCh und die PAA in ihren Vorsitzenden, den Genossen Mao Tsetung und Enver Hoxha, Führer haben, die den Marxismus-Leninismus gegen alle Angriffe des modernen Revisionismus und aller anderen opportunistischen Strömungen verteidigen und weiterentwickeln.

Beide Parteien stellen sich vorbehaltslos hinter alle Völker, die für nationale Unabhängigkeit kämpfen. Sie unterstützen den Freiheitskampf der Völker im mittleren Osten und verurteilen den Imperialismus, insbesondere die beiden imperialistischen Supermächte, die mit Unterstützung der Zionisten die Völker der betreffenden Länder zum Spielball ihres Machthungers und gegenseitigen Ringens um die Welthegemonie machen wollen.

Beide Parteien stellen fest, daß die Lage in der kapitalistischen und revisionistischen Welt große Unordnung bekundet, wobei die Gegensätze sich immer weiter vertiefen.

Beide Parteien erklären, daß sie unablässig die Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaftsform anstreben werden und sich dabei gegenseitig unterstützen werden. Diese Unterstützung soll ein Schritt auf dem Weg zum weiteren Wachsen der internationalen Verbundenheit aller Marxisten-Leninisten und ihrer Parteien in der ganzen Welt bilden. Schließlich wird das sozialistische System an die Stelle des kapitalistischen Systems treten. Das ist eine objektive, vom menschlichen Willen unabhängige Wahrheit. Wie sich auch die Reaktionäre anstrengen mögen, um das Rad der Geschichte aufzuhalten, früher oder später wird die Revolution ausbrechen und zwangsläufig siegen.

Zentralkomitee
der KPD/ML
i.A. Ernst Aust

Zentralkomitee
der MLPN
i.A. C. de Hoog

Spanien: Hunderttausende im Streik

Die Streikbewegung in Spanien wächst immer mehr an. In den größeren Städten werden die großen Betriebe ganz oder in Teilbereichen bestreikt. Ob auf den Werften von Biscaya oder in den Kohlegruben von Oviedo, ob in der Autoindustrie wie bei Pirelli oder in den Elektrobetrieben wie Siemens oder den Gummiwerken von Gava: überall sitzen die Arbeiter mit verschränkten Armen und weigern sich, die Arbeit aufzunehmen. Sie legen die Fabriken still und hindern Streikbrecher am Betreten der Werke oder verschanzen sich sogar in Betrieben und Minen.

Die spanische Bourgeoisie und die ausländischen Imperialisten versuchen, diese Kampffront zu spalten durch Massenentlassungen und Aussperrungen. Aber in den meisten Fällen schließt das die Arbeiterklasse noch mehr zusammen, macht ihren Kampf noch erbitterter. So sperrt Babcock & Wilox in Seato 1 000 Arbeiter von 4 800 aus – gemeinsam führt die Belegschaft ihren Kampf weiter. Bei Fiat Hispania zwingen sie die Firmenleitung, Sanktionen gegen 65 Kollegen zurückzunehmen. Bei General Electrica, in den Mechanikfabriken von Basauri und in anderen Betrieben wurde die Rücknahme der Entlassungen eine wichtige Forderung der Streikenden.

Doch der Kampf der spanischen Arbeiterklasse entwickelt sich nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe, wird entschlossener und militanter. Am 31. Oktober gingen in Madrid 5 000 auf die Straße, um die Rücknahme von 11 Entlassungen zu erzwingen. In den Stadtteilen und vor den Werkstoren kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Trupps der Guardia Civil dringen in die Betriebe ein, wie bei Getafe. Am 5. November besetzen Arbeiter in Madrid für einige Zeit die Fabrik CASA im Kampf gegen die anrückende Polizei. In den Stadtteilen, bei der Räumung von Häusern, kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

In allen diesen Kämpfen schliessen sich die Werktätigen immer mehr um die PCE/ML, die FRAP und die OSO zusammen. Die Idee des revolutionären Generalstreiks gegen den Frankismus ohne Franko, den die US-Imperialisten und die einheimischen Reaktionäre heute in Spanien vorbereiten, gewinnt immer mehr Sympathien im Volk. Genossen der spanischen marxistisch-leninistischen Partei, der Revolutionären Antifaschistischen Patriotischen Front und der Arbeitergewerkschaftsopposition OSO berichten von den Erfolgen ihrer Agitation und Propaganda in ganz Spanien unter allen Volksschichten. Die Flugblätter der Revolutionäre, Demonstrationen, die die Komitees der FRAP, der Partei oder der OSO durchführen, finden überall große Zustimmung. Auch in anderen Schichten des Volkes wird der Kampf der spanischen Arbeiter unterstützt. Aus den Universitäten des ganzen Landes kommen Solidaritätsadressen für die streikenden Arbeiter, tausende von Studenten, Professoren, Lehrern, Krankenschwestern sind ebenfalls in den Streik getreten. Die Bauern von Talavera boykottieren den Markt der Stadt, als sie Flugblätter mit dem Aufruf zum Revolutionären Generalstreik erhalten.

Um diese wachsende Verankerung der Kommunisten im Volk zu verhindern, streuen die Regierungsparteien und die Opportunisten aller Schattierungen die übelsten Verleumdungen aus über die PCE/ML. So ließen sie in spanischen Sendungen über Radio Paris verbreiten, die PCE/ML unterstütze die „Demokratische Junta", ein Machwerk der modernen Revisionisten und Sozialdemokraten, die mit der spanischen Oligarchie kollaboriert. Gegenüber dieser unverschämten Lüge betont die PCE/ML ganz klar: Nicht die Zusammenarbeit mit den Unterdrückern wird das spanische Volk befreien, sondern der unbeugsame revolutionäre Kampf. Die PCE/ML und alle Kommunisten und Revolutionäre in Spanien haben der „Demokratischen Junta" den Kampf angesagt und unterstützen den Aufruf zum Revolutionären Generalstreik.

Saigon: Massendemonstrationen gegen Thieu - Regime

Tausende Demonstranten forderten in großen Demonstrationen in Saigon, Da Nang und Qui Nhon den Rücktritt der US-Marionette Thieu und das Ende der faschistischen Diktatur. Auch verlangten sie, daß das Pariser Abkommen erfüllt werden muß.



Thieu, der kein Hehl daraus macht, daß er auf keinen Fall an die Verwirklichung des Pariser Abkommens denkt, hetzte schwerbewaffnete Polizei auf die Demonstranten, die sich mit Knüppeln, Pflastersteinen, Holzschilden und anderen Waffen gegen die faschistischen Polizeitruppen zur Wehr setzten. Mehrere Demonstranten wurden von der Polizei erschlagen, viele andere schwer verletzt.

Thieu hat inzwischen die Stadt Saigon in eine Festung verwandeln lassen. Größere Straßen und Kreuzungen wurden mit Stacheldrahtverhauen abgeriegelt, Passanten werden nur einzeln durchgelassen. Auf diese Weise glaubt Thieu, sich die immer größeren und militanteren Demonstrationen vom Halse schaffen zu können. Doch Stacheldraht und faschistische Unterdrückung vermögen den Widerstandskampf der Bevölkerung Südvietnams nicht zu brechen. Dieser Kampf wird nicht eher zu Ende sein, als bis die gerechten Forderungen des Volkes erfüllt sind, das Thieu-Regime zerschlagen, die US-Truppen verjagt und Norden und Süden des Landes wieder vereint sind.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 20.00
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Genosse Holger Meins zu Tode gefoltert

Fortsetzung von Seite 1

Die Unruhe über den Mord an Genossen Holger Meins ist groß. Nicht umsonst versucht die Bourgeoisie, die Überlegungen über die Todesursache dieses Revolutionärs auf die letzten Tage und Wochen zu beschränken. **Vertuscht werden soll, daß Genosse Holger Meins das Opfer eines planmäßigen und systematischen politischen Mordes ist.** Er ist an den Folgen der auf die Vernichtung des politischen Gegners abzielenden und wissenschaftlich erprobten Isolationshaft gestorben, so wie andere Revolutionäre, wie zum Beispiel Georg von Rauch das Opfer der auf den „Todesschuß" gedrillten MEKs wurden, wie unser Genosse Günter Routhier einem kaltblütigen Mordanschlag durch die Polizei zum Opfer fiel.

Seit geraumer Zeit schon ist es vorbei mit der scheinbaren Ruhe in der Bundesrepublik. Die Streiks der Arbeiter die Kämpfe der Bauern und Jugendlichen, eine wachsende Zahl der politischen Demonstrationen und anderen Aktionen haben gezeigt, daß die Hauptttendenz in unserem Land die Revolution ist. **Der Bourgeoisie ist es angesichts der wachsenden Kämpfe der Werktätigen immer schwerer gefallen, die Fassade des „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" aufrechtzuerhalten.** Kündigungen von Kommunisten und anderen klassenkämpferischen Arbeitern, Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, vor allem aber die verschärfte Verfolgung der Revolutionäre und besonders auch der KPD/ML zeigen die wachsende Faschisierung des Staatsapparates.

Die Bourgeoisie reagiert sehr allergisch, wenn man die faschistischen Methoden, mit denen sie heute bereits gegen die Arbeiterklasse, besonders aber die Kommunisten vorgeht, beim Namen nennt. Sie hat ein Interesse daran, die Werktätigen glauben zu machen, zwischen der heute zweifellos noch bestehenden „bürgerlichen Demokratie" und dem offenen Faschismus klaffe ein Abgrund. Es sind vor allem die modernen Revisionisten der D„K"P, die solche Illusionen schüren, indem sie vor der faschistischen Machtergreifung durch das sogenannte „Rechtskartell" warnen und dabei gleichzeitig die bürgerliche Demokratie in den Himmel loben. Um sie voll „zu verwirklichen", sollen sich die Massen gegen den „Abbau der demokratischen Rechte" mit dem „vernünftigen Teil der Bourgeoisie" zusammenschliessen. Das ist eine bewußte Irreführung der Arbeiterklasse, die sie an den Imperialismus ketten soll.

Wann, seit Bestehen der Bundesrepublik, gab es denn für die Werktätigen jemals Demokratie? Diese angebliche Demokratie war immer eine Diktatur der Kapitalistenklasse, um die Arbeiterklasse auszubeuten. Der Bourgeoisie ist es natürlich am liebsten, wenn sie das nicht offen zeigen muß, wenn sie sich „demokratisch" geben kann. Aber das gelingt ihr heute längst nicht mehr in dem Maße, wie zum Beispiel noch vor 6 oder 7 Jahren. Heute ist sie bereits gezwungen, mit faschistischen Methoden gegen die Arbeiterbewegung und vor allem gegen Revolutionäre und die Kommunistische Partei vorzugehen. Die Kommunisten werden deshalb von der Bourgeoisie besonders verfolgt, weil die KPD/ML die Vorhut ist, die die Arbeiterklasse mit der Waffe des Marxismus-Leninismus ausrüstet, die sie im Geiste der bewaffneten Revolution erzieht, die in einer revolutionären Situation die Massen zum Sturz des kapitalistischen Staates und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führen kann. Die Bourgeoisie beschränkt sich dabei nicht auf die Verfolgung der kommunistischen Agitation und Propaganda, auf den Betriebs- und Justizterror gegen die Kommunisten. Denn sie hat oft genug erlebt und weiß genau, mit Entlassungen oder auch mit jahrelanger Haft sind Kommunisten nicht zu beugen. **Deshalb hat die Bourgeoisie aller Länder und aller Zeiten zum Mittel des politischen Mordes gegriffen. Denken wir nur an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an Ernst Thälmann und die unzähligen anderen.**

So, wie eine revolutionäre Situation sich nicht von heute auf morgen, über Nacht ergibt, so ist auch die Bourgeoisie nicht heute „friedlich" und morgen eine faschistische Bestie. Es ist eine Illusion zu glauben, weil es heute noch keinen Faschismus bei uns gibt, gäbe es auch keinen faschistischen Terror, gäbe es keinen planmäßigen und systematischen Kampf der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Partei bis hin zur physischen Vernichtung. **Wer solche Illusionen verbreitet, und davon ablenkt, daß die Gefahr für eine offen faschistische Diktatur heute vom imperialistischen Staatsapparat ausgeht, wer der Arbeiterklasse einredet, es ginge heute ausschließlich um den Kampf gegen den „Abbau der demokratischen Rechte", um die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, der bereitet der Faschisierung und schließlich auch der Errichtung der faschistischen Diktatur den Weg.**

Die Isolationsfolter, an deren Folgen Genosse Holger Meins starb, ist Teil der planmäßigen Vernichtung von Revolutionären. Die Bourgeoisie baut bei ihrer Demagogie darauf, daß man bei dem Wort Folter an die Tigerkäfige in Vietnam, an die Konzentrationslager in Griechenland, Indonesien und Chile denkt. Aber kennen wir nicht auch andere Methoden der Folter? Sogar Springers „Bild" berichtet ja darüber: Über Gefangene, die in sauberen weißen Zimmern sitzen, die lesen und Radio hören können. Die aber keinen Besuch empfangen dürfen, die nicht in direkten Kontakt mit der Außenwelt treten dürfen. Die allein Wärter in weißen Kitteln sehen und Ärzte, die ihre Isolation sorgfältig dosieren und darauf warten, daß ihre Patienten langsam verrückt werden und sterben.

Diese moderne Art der Folter gibt es zum Beispiel in der Sowjetunion, die uns die D„K"P als sozialistisches Land preist.

Wenn das nach den Worten der Bonner Regierung Folter ist – was ist es dann, wenn die Gefangenen der RAF und andere politische Gefangene auf Grund von ähnlichen wissenschaftlichen Experimenten in kahle, weißgetünchte Zellen gesteckt werden? Wenn die Zellen um sie herum leergeräumt werden? Wenn die Zelle gegen Geräusche isoliert und die Fenster gegen das Tageslicht abgeblendet werden? Wenn sie niemanden sehen außer ihren Angehörigen und ihren Anwälten und auch das nur in Beisein von Wärtern? Wenn Ärzte hier, genau wie in der Sowjetunion, teilweise über Fernsehaugen, registrieren, wie die Gefangenen sich immer schlechter auf ihre Bücher und Zeitungen konzentrieren können, wie sie bei den Gesprächen mit den Angehörigen immer schwerer die richtigen Worte finden, wie ihr Kreislauf langsam zusammenbricht? **Ist das keine Folter, nur weil es in unseren Gefängnissen passiert und nicht in den Irrenanstalten der Sowjetunion? Sind die verantwortlichen Richter, Anstaltsleiter und Ärzte keine Verbrecher? Soll man ihnen etwa noch zugutehalten, daß sie raffinierter morden als ihre Gesinnungsgenossen in Vietnam, Griechenland, Chile und in den KZ's des Hitlerfaschismus?**

Es sind die gleichen „Kommunisten" von der D„K"P, die uns den Faschismus in der Sowjetunion als Sozialismus verkaufen wollen, die jetzt lamentieren, weil einer dieser Verbrecher in Staatsdienst bestraft worden ist. Solches Wehgeschrei überlassen wir allerdings der Bourgeoisie und ihren Handlangern. Kein Arbeiter, kein Kommunist kann ein Interesse daran haben, Tränen über das Schicksal von Verbrechern zu vergießen, die sich wie dieser Richter zwar mit dem Ausmaß des Terrors, den sie im Moment ausüben können, aber keinesfalls in ihrem Haß gegen die Arbeiterklasse und gegen die Revolution von solchen Typen wie Freisler unterscheiden.

Dieser Haß auf die Schreibtischmörder im Dienst der westdeutschen Imperialisten drückte sich auch in den revolutionären Demonstrationen gleich am Wochenende nach der Ermordung von Holger Meins aus, bei denen mehr als eine Fensterscheibe in den Justizgebäuden zu Bruch ging.

Der plötzliche Eifer der Bourgeoisie nach der Ermordung des Genossen Holger Meins in Presse, Rundfunk und Fernsehen über seine Todesursache „Auskunft" zu geben, zeigt ihre Angst, daß an diesem politischen Mord den Arbeitern klarer werden könnte, was unsere Partei schon immer gesagt hat, daß nämlich Justiz und Polizei, daß dieser Staat ein Gewaltinstrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist. **„Die Hauptaufgabe in dieser Hinsicht (nämlich die Errichtung einer faschistischen Diktatur zu verhindern), wie sie sich in unserer Losung ‚Tod dem Faschismus' ausdrückt, heißt in dort anzugreifen, wo er seine Machtpositionen hat: in Staatsapparat und Regierung." Das sagte Ernst Aust in seiner Rede „Tod dem Faschismus". Die Konsequenz daraus aber ist, daß der Faschismus nur durch die proletarische Revolution, durch die gewaltsame Zerschlagung dieses Staatsapparats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verhindert werden kann.**

Genosse Holger Meins ist tot. Die breite Solidaritätsbewegung zur Unterstützung des Kampfes der politischen Gefangenen gegen die Isolationsfolter hat seine Ermordung nicht verhindern können. Aber die Antwort auf seine Ermordung war nicht Resignation. **Die politischen Gefangenen haben beschlossen, ihren Hungerstreik auf einen Durststreik auszudehnen. Ulrike Meinhof hat damit am Sonntag begonnen. Die Bourgeoisie wird nicht davor zurückschrecken, noch weitere Revolutionäre durch ihre Vernichtungshaft zu ermorden. Genossin Ulrike und Genosse Andreas Baader schwebten bereits in akuter Lebensgefahr. Die Solidarität mit den politischen Gefangenen muß verstärkt werden!** Mehrere Demonstrationen am Montag bewiesen die gewachsene Kampfentschlossenheit.

SOFORTIGE AUFHEBUNG DER VERNICHTUNGSHAFT!
WEG MIT DER ISOLATIONSFOLTER!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Typhus-Epidemie: Schuld ist das kapitalistische Gesundheitssystem

Als vor rund vier Wochen die ersten Typhusfälle auftraten, da beeilten sich die Gesundheitsbehörden zu erklären: Wir haben die Sache im Griff. Kein Grund zur Beunruhigung! Inzwischen sind fünf Menschen an Typhus gestorben, über 300 an dieser Seuche erkrankt. Professor Brauss, Direktor des Hygiene-Instituts der Universität Heidelberg, in „Bild am Sonntag": „Wir rechnen in Baden-Württemberg mit weiteren 500 Erkrankungen und zwar infolge von Kontaktinfektionen. Auch bei den Typhusfällen im übrigen Bundesgebiet werden sich solche Ansteckungen von Mensch zu Mensch nicht vermeiden lassen."

Der Bevölkerung das Auftreten der Typhus-Epidemie und ihre Ausbreitung als eine sozusagen gottgewollte Katastrophe hinzustellen, war von Anfang an die Taktik der Gesundheitsbehörden. Dabei ist völlig offensichtlich, daß die Ausweitung der Epidemie vom kapitalistischen Gesundheitssystem in der Bundesrepublik direkt verursacht worden ist.

Schon nach den ersten aufgetretenen Fällen deutete alles daraufhin, daß der Infektionsherd Kartoffelsalat und vorpräparierte Kartoffeln aus der Firma Grenz in Neuendorf waren. Mindestens zwei Tagesproduktionen Kartoffelsalat – rund 4 Tonnen – waren an Kaufhäuser, Gaststätten und Betriebe in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geliefert worden. Auf Grund dieser Tatsache war klar, daß es nicht bei einigen wenigen Fällen bleiben würde. Die Bevölkerung sah diese Gefahr sehr bald. Es wurden mit Entschiedenheit Forderungen nach vorbeugenden Maßnahmen gestellt. Vor allem wurde gefordert, die Namen der belieferten Betriebe zu veröffentlichen und die Bevölkerung vorsorglich zu impfen. Stadt- und Landesregierungen dachten nicht daran, diese Forderungen zu erfüllen. **„Man soll den Leuten nicht das Geschäft verderben"**, hörte man vom Ministerium. Und: **„Massenimpfungen sind unmöglich!"** Stattdessen empfahl man, sich häufiger die Hände zu waschen, keine Gemeinschaftshandtücher zu benutzen usw. und so fort.

Als Folge dieser Politik breitete sich die Epidemie rapide aus. Fünf Menschen mußten sie bereits mit dem Leben bezahlen. Sogar die Gesundheitsministerin von Baden-Württemberg gab inzwischen zu, „niemand könne hundertprozentig ausschließen, daß die Todesfälle wegen anfänglicher Falschdiagnose zu beklagen seien". So ist zum Beispiel von einem der Opfer der Epidemie einer 63jährigen Frau bekannt, daß sie erst 10 Tage zu Hause gelegen hatte, bevor sie ins Krankenhaus kam – um dort zu sterben. Zig andere Typhuskranke wurden erst auf Grippe oder Lungenentzündung behandelt.

In Stuttgart ist es inzwischen so weit, daß in den meisten Schulen und Betrieben jemand an Typhus erkrankt ist. Aber niemand denkt daran, diese Schulen und Betriebe vorübergehend zu schließen, Kinder, Lehrer und Arbeiter vorbeugend zu behandeln. Einer Stuttgarter Genossin, die beim Gesundheitsamt nach entsprechenden Maßnahmen fragte erklärte der Arzt: „Was regen Sie sich auf, ich war in russischer Kriegsgefangenschaft auch jahrelang mit Typhuskranken zusammen und habe selber nichts mitgekriegt." Der oben schon erwähnte Heidelberger Professor „empfiehlt" anstelle von vorbeugenden Impfungen den Lesern der „Bild am Sonntag": „Essen Sie reichlich Sauerkraut! Trinken Sie Bier! Die Milchsäure im Sauerkraut und die Kohlensäure im Bier unterdrücken das Wachstum der Typhus-Bakterien vollständig!"

Diese sich immer weiter ausbreitende Typhus Epidemie versetzt die Bevölkerung in Angst, aber auch in Empörung. Die Presse versucht nicht nur, ihr Ausmaß herunterzuspielen, sondern auch, diese Epidemie als die große Ausnahme hinzustellen: „...die erste Typhus-Epidemie seit 1952." Sicher, Typhus-Epidemien oder andere „klassische Seuchen" sind bei uns nicht die Regel. Aber was ist mit dem Krebs, an dem immer mehr Menschen leiden und sterben? Was ist mit den Herz- und Kreislaufkrankheiten, die immer mehr Menschen bekommen? **Sie haben ihre Ursache wie die „klassischen Seuchen" in den Umweltbedingungen: in den Giften, mit denen die Kapitalisten die Umwelt verseuchen; in der steigenden Arbeitshetze, dem wachsenden Streß.**

Ihre „Bekämpfung" unterscheidet sich absolut nicht von dem Zynismus, mit dem Regierungen und Gesundheitsbehörden dem Typhus gegenübertreten. Denn die Umweltbedingungen so zu verändern, daß sie die Gesundheit des Volkes fördern statt sie zu vernichten, das würde die Profite der Kapitalisten schmälern. **Das Gesundheitswesen darauf einzurichten, die Krankheiten tatsächlich zu heilen, statt gerade so viel zu tun, daß die Kapitalisten genug Arbeitskräfte haben, ist für diesen kapitalistischen Staat ebenfalls unrentabel.**

Die Seuchen auszurotten, die alten und die modernen, und dem Volk Gesundheit zu garantieren, das ist nur möglich, wenn der herrschenden Klasse die Macht entrissen wird, die am werktätigen Volk nur ein Interesse hat: es auszubeuten für ihren Maximalprofit.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr. 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

GIESSEN:
„30 Jahre VR Albanien", 24. 11., Saalbau Wieseck, 17 Uhr Beginn der Ausstellung, 19 Uhr Beginn der Filmveranstaltung

MARBURG:
„Albanien – Leuchtfeuer des Sozialismus", mit Film, 16. 11., 20 Uhr, Gaststätte „Erlenhof", Am Erlenweg.

Diskussionskreis der KPD/ML jeweils Freitags 20 Uhr im „Braustübl", Biegenstr.:
22. 11.: „Bauernlegen im Kapitalismus – blühende Entwicklung der Landwirtschaft in Albanien".

NÜRNBERG:
„30 Jahre VR Albanien", 24. 11., 19 Uhr, Gaststätte „Lindenwurm", Gugelstr. 127.

EBINGEN:
„30 Jahre VR Albanien", 25. 11., 19 Uhr, Clubheim des FC Tailfingen.